

94. Sitzung

am Dienstag, dem 22. Mai 2007, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	7107	Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen (s. a. Anlage 1)	
Ministerbefragung auf Antrag der CSU-Fraktion „Wie beurteilt die Staatsregierung die Sicherheit in Ostbayern, insbesondere im Hinblick auf den künftigen Wegfall der Grenzkontrollen zur Republik Tschechien sowie auf die Reformplanungen zur Bundespolizei?“		Beschluss	7125, 7141
Dr. Jakob Kreidl (CSU)	7107	Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigen-gesetzes (Drs. 15/8211) – Erste Lesung –	
Staatsminister Dr. Günther Beckstein ..	7107, 7108, 7109, 7110, 7111, 7112, 7113	Staatsminister Erwin Huber	7125
Rudolf Peterke (CSU)	7108	Dr. Hildegard Kronawitter (SPD)	7126
Franz Schindler (SPD)	7109	Eberhard Rotter (CSU)	7127
Jürgen Dupper (SPD)	7110		
Otto Zeitler (CSU)	7111	Verweisung in den Wirtschaftsausschuss	7127
Christine Kamm (GRÜNE)	7111, 7113		
Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN „Steuermehreinnahmen für Bayern: Nachhaltige Zukunftsinvestitionen statt Wahlkampfge- schenke“		Abstimmung über Anträge , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 2)	
Thomas Mütze (GRÜNE)	7114	Beschluss	7127, 7143
Manfred Ach (CSU)	7116		
Jürgen Dupper (SPD)	7118	Bestellung eines Mitglieds der Datenschutzkom- mission	
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)	7119	Beschluss	7128
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	7120		
Erika Görnitz (CSU)	7122		
Staatssekretär Franz Meyer	7123		
Joachim Herrmann (CSU)	7124		

Antrag der Abg.

Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a.
u. Frakt. (SPD),

Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfen-
berg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erweiterung des Untersuchungsauftrags

**Drs. 15/5574 und Drs. 15/7436 des Untersu-
chungsausschusses** (Drs. 15/7934)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses
(Drs. 15/8107)

Herbert Müller (SPD) 7128
Adi Sprinkart (GRÜNE) 7129
Alexander König (CSU) 7130

Namentliche Abstimmung

(s. a. Anlage 3) 7135, 7139, 7145

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr,
Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

**Normenkontrollklage gegen die Käfighaltung
von Legehennen** (Drs. 15/7225)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/7971)

und

Antrag der Abg. Henning Kaul, Dr. Marcel Huber,
Helmut Brunner u. a. (CSU)

**Bericht über Entwicklungen in der Haltung von
Legehennen** (Drs. 15/7456)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 15/8016)

Barbara Rütting (GRÜNE) 7131, 7132
Dr. Marcel Huber (CSU) 7132
Herbert Müller (SPD) 7132
Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard 7133, 7134
Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) 7134

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 15/7225 7135

Beschluss zum CSU-Antrag 15/7456 7135

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr,
Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

**Stufenweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes
bei Kfz** (Drs. 15/7239)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
(Drs. 15/8012)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE) 7135, 7138
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) .. 7136
Dr. Thomas Beyer (SPD) 7137
Staatssekretär Hans Spitzner 7138

Namentliche Abstimmung

(s. a. Anlage 4) 7139, 7147

Schluss der Sitzung 7139

(Beginn: 15.05 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 94. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Ministerbefragung

Die vorschlagsberechtigte CSU-Fraktion hat hierfür das Thema benannt, und zwar: **„Wie beurteilt die Staatsregierung die Sicherheit in Ostbayern, insbesondere im Hinblick auf den künftigen Wegfall der Grenzkontrollen zur Republik Tschechien sowie auf die Reformplanungen zur Bundespolizei?“**

Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister des Innern. Ich darf Sie, Herr Staatsminister, bitten, ans Pult zu kommen. Der erste Fragesteller ist Kollege Dr. Kreidl.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir hören zu, Kolleginnen und Kollegen! Bitte schön.

Dr. Jakob Kreidl (CSU): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister! Mit Wirkung vom 1. Mai 2004 sind im Zuge der Osterweiterung zehn neue Staaten in die EU gekommen. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Sicherheitslage, weil sich die Situation an den Grenzen geändert hat. Interessant ist zu wissen: Wie hat sich die Sicherheitslage in Bayern, insbesondere im ostbayerischen Grenzraum, seither verändert, und wie schätzt die Staatsregierung den Umstand ein, dass voraussichtlich zum 01.01. des nächsten Jahres, also zum 1. Januar 2008, die Außen-grenze zur Tschechischen Republik fallen wird? Dabei ist es insbesondere von Interesse, welche Auswirkungen im Hinblick auf die Schleuserkriminalität und auf die organisierte Kriminalität zu erwarten sind.

Weiter ist es wichtig zu erfahren, mit welchen organisatorischen und personellen Konzepten die Staatsregierung beabsichtigt, der zu erwartenden Entwicklung entgegen-zusteuern, um weiterhin die Marktführerschaft bei der inneren Sicherheit zu behalten.

Welchen Stellenwert – so lautet meine abschließende Frage – hat innerhalb dieser Konzepte das bayerische Erfolgsmodell der Schleierfahndung, und welche Weiterentwicklung der Schleierfahndung ist denkbar? Wie kann eine sinnvolle Kooperation mit den Kräften der Bundespolizei herbeigeführt werden? In der letzten Plenarsitzung ist deutlich geworden, dass die Bundespolizei umstrukturiert wird und dass dort auch Fahndungskräfte eingesetzt werden. Von daher ist es wichtig zu wissen, wie sich das auf die Schleierfahndung auswirkt und wie gewährleistet werden kann, dass das Erfolgsmodell Schleierfahndung der bayerischen Polizei fortgeführt werden kann.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, lieber Herr Kreidl, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist bekanntlich das sicherste Bundesland. Wir sagen das mit Stolz; denn wir haben die niedrigste Kriminalitätsquote und die höchste Aufklärungsquote aller Bundesländer. In Ostbayern ist der Sicherheitszustand insgesamt gesehen sehr gut. Wir haben dort noch niedrigere Häufigkeitszahlen als im Landesdurchschnitt. Wir sehen natürlich mit sehr zwiespältigen Gefühlen, dass möglicherweise schon zum 1. Januar 2008 die Grenzkontrollen zwischen Bayern und Tschechien, also zwischen Deutschland und den Osterweiterungsländern, wegfallen sollen.

Es ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Ich hebe immer hervor: Diese Entscheidung wird im Dezember beim europäischen Rat „Justiz und Inneres“ getroffen, nachdem eine Evaluierung der Außengrenzkontrollen zwischen der Slowakei und Ungarn, zwischen Polen und Russland sowie zwischen Lettland und Russland stattgefunden hat. Wenn diese Evaluierung erfolgt ist und das Schengener-Informationssystem ausgedehnt wird – wobei nicht etwa ein Schengener-Informationssystem II kommen wird, sondern als eine Ausdehnung des jetzigen Systems als „one for all“ –, ist die Frage zu stellen, welche Auswirkungen das für uns hat.

Natürlich ist – ich sage das deutlich – ein Anstieg der Kriminalität zu erwarten. In den osteuropäischen Ländern ist der Lebensstandard noch deutlich niedriger als bei uns. Der Anreiz zur Kriminalität ist dort noch deutlich höher. Wir wissen, dass der größte Straßenstrich Europas zwischen Eger und Prag liegt, mit all den Erscheinungen der Rotlicht-Kriminalität. Wir sehen auch das Problem der Vietnamesenmärkte, auf denen in großem Umfang Urheberrechtsverletzungen stattfinden und kopierte Produkte vertrieben werden, möglicherweise auch nicht versteuerte Zigaretten. Wir sehen dort eine Menge von Problemen. Wir stellen uns darauf ein und organisieren die Grenzkontrollen um. Die Polizisten bleiben in der Region; ein Drittel der Polizisten verstärkt die örtlichen Polizeidienststellen, ein Drittel wird im ersten Schleierfahndungsgürtel, das letzte Drittel in einem zweiten Schleierfahndungsgürtel eingesetzt. Wir sind im Moment dabei, das zu organisieren.

Die Bundespolizei wird einbezogen. Wir müssen einen Abstimmungsprozess durchlaufen; das muss nebeneinander hergehen. Wenn man die Personalzahlen betrachtet, stellt man fest, dass wir nicht zu viel Polizei, sondern eher zu wenig haben. Niemand muss Angst davor haben, dass Polizisten keine Beschäftigung hätten. Wir würden sogar mit mehr Personal noch etwas Vernünftiges anfangen können.

(Ludwig Wörner (SPD): Das habt ihr selbst abgebaut!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nachfrage: Kollege Peterke. Bitte schön.

(Dr. Heinz Kaiser (SPD): Nächste starke Frage!)

Rudolf Peterke (CSU): Herr Staatsminister, die Umorganisation – –

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das Mikrofon ist nicht eingeschaltet!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Würden Sie mir bitte das Mikrofon anzeigen, Herr Kollege?

Rudolf Peterke (CSU): – Vielleicht können mich jetzt auch die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition verstehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hören! – Weiterer Zuruf von der SPD: Verstehen nie!)

– Sie hören mich zumindest. Ob Sie mich verstehen wollen, ist eine andere Frage.

Verehrter Herr Staatsminister, die bayerische Grenzpolizei ist ein hochverdienter Polizeiverband und nimmt nunmehr noch die Aufgaben im sogenannten Ostraum Bayerns wahr. Sie wird – wie Sie schon betont haben – von einer Überführungsreform betroffen sein. Die Frage, die ich an Sie stellen möchte, lautet: Können Sie die Vorteile darstellen, die sich aus der Situation ergeben, dass voraussichtlich mit Beginn des Jahres 2008 die Grenzen nach Tschechien fallen werden, und insbesondere darauf eingehen, welche Schwierigkeiten oder welche sozialen Veränderungen für die Angehörigen der bayerischen Grenzpolizei eintreten werden bzw. wie Sie die Sozialverträglichkeit dieser Überführung beurteilen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Lieber Kollege Peterke, ich will das auch zu Ihnen noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Es ist noch nicht entschieden, dass im Januar 2008 Grenzkontrollen wegfallen werden. Die bayerische Position lautet: Die Grenzkontrollen dürfen nur dann wegfallen, wenn die Ausgleichsmaßnahmen funktionieren. Das wird erst im Dezember 2007 festgestellt. Ich befürchte, dass diese Maßnahmen im Moment noch nicht ausreichend funktionieren. Ein späterer Wegfall der Grenzkontrollen wäre mir lieber als ein Wegfall zum jetzigen Zeitpunkt. Aber wir müssen uns darauf einstellen. Deshalb ist es unser Konzept, ab dem Zeitpunkt X, ab dem die systematischen Grenzkontrollen nicht mehr möglich sein werden, die Grenzpolizei vollständig in die Landespolizei zu integrieren. Die Landespolizei hat dann im unmittelbaren grenznahen Bereich ebenso sämtliche Aufgaben zu erfüllen, auch dort, wo bisher die Grenzpolizei den sogenannten Übertragungsbereich betreut hat.

Das bedeutet, dass wir die örtlichen Polizeidienststellen verstärken: Etwa ein Drittel der heute dort tätigen Polizeibeamten wird dafür eingesetzt werden. Es wird dann ein erster Schleierfahndungsgürtel in den Landkreisen eingerichtet, die unmittelbar an der Grenze liegen. Dafür wird das zweite Drittel der Polizeibeamten verwendet. Das letzte Drittel wird in einem zweiten Schleierfahndungsgürtel eingesetzt, der – wenn ich es grob angebe – von

Hof über Weiden und Regensburg bis Passau reichen wird.

Die Bundespolizei ist natürlich ebenso in Ostbayern tätig. Unser Anliegen war und ist es, die Bundespolizei mit denselben Personalstärken wie heute in der Region zu erhalten; denn durch den Wegfall der Grenzkontrollen werden die Sicherheitsanforderungen größer und nicht geringer. Das heißt für uns: Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei die Schleierfahndung durchführen. Unser Landespolizeipräsident Herr Kindler hat mit Herrn Dr. Kass, dem zuständigen Mann im Bundesinnenministerium, Absprachen getroffen, wie die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei und bayerischer Landespolizei in Grenznähe funktionieren kann. Es muss dafür gesorgt werden, dass an bestimmten Punkten entweder die Bundespolizei oder die Landespolizei tätig ist. Es sind insgesamt große Flächen abzudecken, sodass wir nicht zu viel Personal, sondern eher zu wenig Personal haben, auch wenn man beide Personalkörper zusammenrechnet.

Bayern hat zugesagt, dass jeder Polizeibeamte nicht weiter als 30 Kilometer von seinem bisherigen Dienst- oder Wohnort entfernt eingesetzt wird. Das ist auch deswegen gerechtfertigt, weil man sich nicht vorher auf die Umstellung einstellen kann. Außerdem brauchen wir die Leute weiterhin in Grenznähe; wir brauchen ihre Kenntnisse und ihre Einsatzbereitschaft. Es wird deswegen unter Umständen eine gewisse Zeit im Übersoll geben. Die gegenwärtige Umstrukturierung der Bundespolizei erfolgt leider nach völlig anderen Kriterien. Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier noch schwierige Gespräche mit dem Bundesinnenminister zu führen haben. Insbesondere die Auflösung des Standortes Schwandorf ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Wir haben deswegen heute Vormittag im Kabinett beschlossen, uns im Rahmen der Anhörung an den Bundesinnenminister zu wenden und zu sagen: Aus bayerischer Sicht wäre ein Sitz der Bundespolizeidirektion in München falsch. Der Sitz der Bundespolizeidirektion, die aus dem Amt in Schwandorf und dem Amt in München hervorgeht, sollte nach unseren Vorstellungen in Schwandorf sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Warum? – Früher hieß die Bundespolizei „Bundesgrenzschutz“. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten liegt im grenznahen Bereich. Strukturpolitisch ist es allemal wichtiger, Arbeitsplätze im ostbayerischen Raum zu haben als in München. Ganz abgesehen davon weiß jeder bei der Polizei Tätige, dass wir im Münchner Raum eine Menge von Polizeibeamten, auch übrigens bei der Bundespolizei, haben, die eigentlich ganz woanders Dienst leisten wollten. Die Zwangsversetzungsproblematik ist hier groß. Auch aus diesem Grund hat das Kabinett heute beschlossen, sich mit unserer Meinung an den Bundesinnenminister zu wenden und klarzumachen, dass der Sitz der Bundespolizeidirektion in Schwandorf sein muss.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Darüber hinaus ist es notwendig, dass eine Kriminalitätsbekämpfungsinspektion des Bundes in Schwandorf bleibt,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

auch im grenznahen Bereich, um auf diese Weise dafür zu sorgen, dass die Aufgaben in Ostbayern angemessen erfüllt werden.

Es ist das Ziel der Staatsregierung – ich weiß, dass die Messlatte hoch liegt –, selbst bei Wegfall der Grenzkontrollen einen Anstieg der Kriminalität in Grenznähe zu verhindern. Das heißt, wir wollen das Mehr an Freizügigkeit nicht mit einem Mehr an Kriminalität bezahlen. Bayern muss nach Wegfall der Grenzkontrollen dort genauso sicher sein wie heute. Das heißt, die Aufklärungsquote darf nicht sinken. Wir wollen dort genauso viel Sicherheit wie bisher haben.

An der bayerisch-österreichischen Grenze haben wir das erreicht. Da ist ein großes Lob an die Polizei fällig. In Südbayern ist trotz des Wegfalls der Grenzkontrollen im Jahre 1998 die Kriminalität zwischen Bayern und Österreich nicht angestiegen; wir verzeichnen sogar Kriminalitätsrückgänge. Unser Ziel in Richtung Osten, hin zur Tschechischen Republik, heißt deswegen auch: Wir wollen unter allen Umständen, dass die Sicherheit nicht leidet. Wir haben auch dort zum Ziel, nicht mehr Kriminalität zu haben und keinesfalls ein Ansteigen oder eine niedrigere Aufklärungsquote. Wir wollen alles dafür tun, dass Ostbayern genauso sicher bleibt, wie das heute der Fall ist.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Schindler, Ihre Frage bitte.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Staatsminister, für Ihr erneutes klares Bekenntnis dazu, dass der Sitz der Direktion der Bundespolizei künftig in Schwandorf sein soll. Im Übrigen bitte ich um Ihr Verständnis, dass ich mich frage, welchen politischen Zweck die heutige Veranstaltung verfolgen soll;

(Beifall bei der SPD)

denn das, was Sie ausgeführt haben, ist uns bereits am 18. April in längerer und detaillierter Form im Innenausschuss zur Kenntnis gegeben worden und ein weiteres Mal in der letzten Plenarsitzung, als es um die Pläne zur Neuorganisation der Bundespolizei gegangen ist. Eine Neuigkeit habe ich Ihren heutigen Ausführungen nicht entnehmen können.

Darüber hinaus frage ich mich das, weil wir uns doch in der Zielsetzung einig sind, dass sich die Sicherheitslage in Ostbayern nach dem Wegfall der systematischen Grenzkontrollen nicht verschlechtern darf, sondern mindestens so gut bleiben muss, wie sie heute ist. Dazu brauchen wir nicht nur die bayerische Polizei, sondern auch weiterhin die Bundespolizei, die dann in abgestimmter Vor-

gehensweise mit der bayerischen Polizei Aufgaben im grenznahen Bereich erfüllen muss. Darin sind wir uns doch auch einig. Somit kann ich, wie gesagt, den Sinn der heutigen Veranstaltung nicht ergründen.

Dennoch meine Frage an Sie, Herr Staatsminister: Gibt es belastbare Vergleichszahlen über die Sicherheitslage in Ostbayern vor der Grenzöffnung, also vor 1990, und zu der jetzigen Situation und den Prognosen beim Wegfall der systematischen Grenzkontrollen?

Wenn wir uns darin einig sind, dass die Sicherheitslage in Ostbayern mindestens so gut bleiben soll, wie sie heute ist, stimmen Sie mir dann zu, dass diese Aufgabe leichter zu erledigen wäre, wenn man in Bayern darauf verzichten würde, Stellen bei der Polizei durch Arbeitszeitverlängerung abzubauen?

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schindler, zunächst meine ich schon, dass es mir nicht zusteht, die Tätigkeit des Parlaments zu bewerten. Dennoch denke ich, es ist eine Aufgabe des Plenums, sich mit der wichtigsten Frage der Sicherheitspolitik in diesem Jahre zu beschäftigen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Dass die Menschen in Ostbayern erhebliche Sorge haben, erlebe ich bei jedem Besuch dort. In den Tagesordnungen des Landtages finde ich viele Fragen, die aus meiner Sicht bei Weitem nicht das Gewicht der Frage haben, ob die Sicherheit in demselben Umfang gewährleistet ist, wenn die Grenzkontrollen zum 1. Januar des nächsten Jahres wegfallen sollten. Ich hebe hervor, dass ich ein Gegner dieses Zeitpunktes bin. Ich stimme allerdings nicht darüber ab. Dies ist die Entscheidung des Bundesinnenministers und der EU, die darüber im Dezember abstimmen werden.

Ich weiß, es gibt erhebliche Bedenken; denn jeder, der die Situation im tschechischen Nachbarland kennt, weiß, dass die Sicherheitslage noch nicht hundertprozentig befriedigend ist. Ich drücke mich über alle Maßen diplomatisch aus, wenn ich das so sage.

Die Frage zur Entwicklung der Kriminalität will ich gern folgendermaßen beantworten. Ich habe nicht den Begriff „Ostbayern“ gebraucht, sondern habe vom Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz gesprochen. Da ist allerdings in den Jahren von 1991 bis Mitte der Neunzigerjahre ein drastischer Kriminalitätsanstieg erfolgt. Die Straftaten sind von 77 000 auf 110 000, ja sogar 115 000 angestiegen. Jetzt verzeichnen wir wieder einen leichten Rückgang und liegen bei rund 106 000 Straftaten. Das heißt, nach Wegfall des Eisernen Vorhangs ist die Kriminalität zunächst drastisch angestiegen. Das war für alle Beteiligten nicht überraschend; denn wenn man den Lebensstandard in der östlichen Slowakei oder im östlichen

Polen kennt, weiß man, dass die Kriminellen aus diesen Ländern ein sehr viel attraktiveres Betätigungsfeld bei uns als irgendwo in einem ärmlichen Dorf im Osten haben. Entsprechend hoch waren die Sicherheitsprobleme, von Ladendiebstählen und Ähnlichem gar nicht zu reden.

Diese Belastungen durch die Steigerung der Kriminalitätsrate haben wir heute hinter uns, und wir machen große Anstrengungen, wieder in eine günstigere Entwicklung zu kommen, auch wenn die Kriminalität bei Weitem noch nicht das niedrigere Niveau erreicht hat, das wir vor der Grenzöffnung hatten. Das ist allerdings in all den anderen Ländern noch viel stärker ausgeprägt als bei uns in Bayern. Aber man muss das einfach so sagen.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage das auch deshalb immer wieder, weil man sich nicht zurücklehnen und sagen darf: Wir haben einen wunderbaren Sicherheitszustand. Vielmehr müssen wir uns anstrengen, den Zustand von Ende der Achtzigerjahre wieder zu erreichen und das massive Ansteigen der Kriminalität Vergangenheit werden zu lassen. Das wird auch von den sozialen Entwicklungen in den osteuropäischen Beitrittsländern massiv beeinflusst werden.

Dass wir die Kriminalitätsbekämpfung ernst nehmen, und zwar trotz des notwendigen Stellenabbaus, will ich besonders herausstellen. Natürlich kann man immer sagen, wir würden 1000 oder vielleicht 2000 oder 5000 Polizisten mehr benötigen und auch einsetzen können. Aber ich sage auch hier, dass ich die getroffenen Vereinbarungen über den Einzug von Stellen bis 2010/2012 für richtig halte und mittrage.

Wir haben eine Arbeitszeitverlängerung um rechnerisch 5 %. Ältere Beamte müssen nur eine Stunde mehr arbeiten. Es sind also nicht im vollen Umfang 5 % für alle. Wir haben nur eine deutlich geringere Zahl von Stellen, die eingezogen werden, sodass wir rechnerisch ein deutliches Plus an Arbeitszeit haben durch einerseits die Verlängerung der Arbeitszeit und andererseits die gleichzeitig geringer ausgefallene Streichung von Stellenplänen.

Ich wiederhole: Die Maßnahmen waren richtig. Ich weiß, dass der Erfolg durch die Mehrarbeit der Polizeibeamten erzielt worden ist. Diese Mehrarbeit halte ich allerdings durchaus für zumutbar; denn 42 Stunden Arbeitszeit sind eine verantwortbare Arbeitszeit. Es gibt ältere Polizisten, die mir da auf jeder Veranstaltung Recht geben und sagen: Wir hatten früher noch viel längere Arbeitszeiten, und es gab noch weniger Urlaub.

Ich meine, wir haben alles in allem durchaus das getan, was für die Sicherheit in unserem Freistaat Bayern sinnvoll und notwendig ist. Ich bitte um Verständnis, wenn ich meine, dass hier mit dem etwas altbackenen Schlagwort „Stellenreduzierung“ nicht sonderlich viel an Boden für Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, zu gewinnen ist; denn dass wir diese Diskussion im nationalen Bereich beherrschen, ist allseits bekannt. Wir halten es für ein notwendiges Ziel, unsere Sicherheitsführerschaft,

unsere Marktführerschaft in der inneren Sicherheit auch nach Wegfall der Grenzkontrollen zu behalten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Nachfrage: Herr Kollege Dupper.

Jürgen Dupper (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Herr Minister, auch ich bemerke bei meinen Besuchen und Gesprächen in Ostbayern, dass die Menschen Sorgen haben ob der Politik der Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu meiner Frage: Da ich davon ausgehen darf, dass Sie die besorgten Schreiben ostbayerischer Kommunalpolitiker sicher genauso erreicht haben wie mich und Sie deshalb zumindest im Groben über die Forderungen aus diesem Raum informiert sind, darf ich kurz und bündig Folgendes fragen: Wie werden die vorhandenen Stellen der Grenzpolizei im Landkreis Freyung-Grafenau in die Landespolizei integriert? Wird dabei die Polizeidichte von 1 : 700 eingehalten, und bleibt es bei einer zu integrierenden Sollstärke von 118 Stellen?

Ich bitte, diese Fragen auch unter dem Sicherheitsaspekt, unter Sozialaspekten und nicht zuletzt unter dem Aspekt der Stärkung des ländlichen Raumes zu beantworten.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Herr Kollege, wir beabsichtigen eine höhere Polizeidichte als 1 : 700.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wann?)

Wir werden in der Größenordnung von 1 : 570 liegen. Dazu kommen noch die Schleierfahndung und die Bundespolizei. Ich hebe also sehr deutlich hervor, dass wir eine sehr, sehr hohe Polizeidichte haben werden.

Man wird nach einigen Jahren überprüfen müssen, ob das in diesem Umfang sinnvoll und richtig ist. Wir beabsichtigen nach etwa drei Jahren eine Evaluation. Dabei ist nicht entscheidend, wie viele Vorgänge es im Einzelnen sind, sondern wie der Sicherheitszustand ist. Wir werden also auch unter Sicherheitsaspekten die erforderliche Polizeidichte haben.

Die einzelnen Sollstellen werden im Moment zwischen den verschiedenen Verbänden festgelegt. Das Motto heißt: Ein Drittel wird zur Verstärkung der örtlichen Polizeistationen und -inspektionen verwendet, und die beiden anderen Drittel werden für die Schleierfahndung in den beiden Sicherheitsschleiern eingesetzt.

Die sozialen Gesichtspunkte sind in einem Maße berücksichtigt worden, wie das bisher wohl bei keiner anderen Reform geschehen ist mit Ausnahme der jeweiligen Eingliederungen der Grenzpolizei in die Landespolizei. Da

haben wir jeweils gesagt, Beamte des mittleren Dienstes werden nicht mehr als 30 Kilometer von ihrem bisherigen Einsatz- oder Wohnort entfernt eingesetzt. Diese Zusage war auch deswegen sinnvoll, weil man damit das Erfahrungswissen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten weiterhin einsetzen kann. Hier sind die sachliche Frage und die soziale Situation völlig miteinander in Deckung zu bringen. Deshalb konnten wir das vornehmen.

Im Einzelnen haben wir die Konzepte mit den Kommunalpolitikern besprochen. Zu welcher Inspektion welche Gemeinde kommt, wird von den örtlichen Polizeipräsidenten derzeit mit den jeweiligen Bürgermeistern verhandelt. Auf den Regionalkonferenzen habe ich unsere Vorstellungen im Großen und Ganzen dargelegt. In der Folge sind eine ganze Reihe von Nachbearbeitungsgesprächen erfolgt bis hin zu der Frage, wie die Alarmierung der Feuerwehr und Ähnliches geschehen soll. Das soll nicht zentral von mir festgelegt werden, sondern im engen Einvernehmen zwischen den örtlichen Polizeidienststellen und den jeweiligen kommunalpolitisch Verantwortlichen erfolgen.

Ich habe bisher keine ernsthaften Klagen gehört. Anders als bei der Organisation der Bundespolizei läuft es bei der bayerischen Landespolizei in großem Einvernehmen ab. Sollten irgendwo Klagen bekannt werden, bitte ich, diese an mich zu geben. Wir werden uns bemühen, das so gut zu lösen wie die anderen Bereiche.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Nachfrage: Kollege Zeitler.

Otto Zeitler (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Herr Minister, ich kann Ihre letzten Worte gleich als Einstieg nehmen, um Ihnen zu danken für die umsichtige Reform der bayerischen Polizei, die sehr transparent durchgeführt worden ist.

Aber heute gilt meine Sorge und meine Frage der Umorganisation der Bundespolizei. Die Bundespolizei ist ein sehr kräftiger Arbeitgeber, insbesondere im ländlichen Bereich, und bei der Umstrukturierung fallen hier Änderungen an.

Nun ist das Land Bayern gehalten, in Form einer Anhörung zum Sitz der Dienststellen Stellung zu beziehen. Der Bayerische Landtag hat das am letzten Donnerstag mit zwei Dringlichkeitsanträgen getan, die einmütig beschlossen wurden. Ich höre, dass sich das bayerische Kabinett heute dem angeschlossen hat und fordert, dass der Sitz der Polizeidirektion für Bayern in Umwandlung des Amtes in Schwandorf und nicht in München sein soll. Das ist strukturpolitisch vernünftig, in der Raumordnungspolitik vernünftig in der Folge, was Bayern tut, und auch sicherheitspolitisch.

Nun, Herr Minister, höre ich, und es war letzten Donnerstag

(Zuruf von den GRÜNEN: Zeit!)

auch eine Delegation von Kommunalpolitikern in Berlin, die mit der Sorge zurückkamen, dass ein B-Plan existieren könnte, der mehr im regionalen Bereich Änderungen erzielen will. Sind Sie der frohen Hoffnung, dass Sie den bayerischen Wunsch, die Direktion nach Schwandorf zu bringen, durchsetzen können und dass Minister Schäuble, das heißt die Bundesregierung, diesem bayerischen Anliegen Rechnung trägt?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Minister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Herr Kollege Zeitler, es war der wesentliche Inhalt deiner Beiträge bei dem Gespräch, das wir im Raum Schwandorf geführt haben, dass man nicht irgendeinen Kompromissplan B vorträgt. Die Staatsregierung hat heute ausschließlich beschlossen: Wir wollen den Sitz der Bundespolizeidirektion nicht in München, sondern in Schwandorf.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir haben lediglich noch angefügt, dass dort zusätzlich eine Kriminalitätsbekämpfungsinspektion notwendig ist, dass es aber nicht in unserem Sinne ist, wenn die Personalprobleme des Standorts Schwandorf dadurch gelöst werden, dass wir Personal von anderen bayerischen Standorten abziehen, Stichwort Waldmünchen oder Nabburg. Wir wollen, dass der Sitz der Direktion in Schwandorf ist. Das ist der Inhalt.

Ob Bundesminister Schäuble darauf eingehen wird, ist völlig offen. Er hat in den Gesprächen mit mir bisher stets gesagt, er werde keine Entscheidung treffen, die nicht von seiner Fachebene für richtig gehalten wird. Er wird sich streng an fachliche Kriterien halten. Er trägt vor, dass seine Fachebene ausschließlich einen Sitz der Bundespolizeidirektion in München für richtig hält. Auf meine Entgegnung, dass ich unter fachlichen Aspekten Schwandorf für richtig halte, sagt er jeweils, ich solle mir nicht den Kopf der Bundespolizei zerbrechen, das sei die Zuständigkeit des Bundes, wie man schon am Namen feststellen könne, und nicht von Bayern.

Das war der letzte Stand. Aber er hat auch zugesagt, wenn es einen förmlichen Beschluss gibt, der ihm übermittelt wird, dann wird er das in großer Seriosität und Sorgfalt noch einmal prüfen. Das ist der Sachstand.

Wir haben den Beschluss heute früh gefasst. Er wird jetzt an den Bundesinnenminister gehen. Dann werden wir das Ergebnis der Prüfung bekommen. Mehr kann von unserer Seite nicht getan werden.

(Otto Zeitler (CSU): Danke!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen für die Frage.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Minister! Der Zeitung „Bayerns Polizei“ vom Januar 2004 ist zu entnehmen, dass mit dem EU-Beitritt zahlreicher europäischer Staaten auch

Vorteile für die Arbeit der Sicherheitsbehörden in Bayern zu erwarten sind. Unter dem Dach der EU bestehen deutlich besser nutzbare Möglichkeiten der polizeilichen und justiziellen Rechtshilfe und damit eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit bei der Gefahrenabwehr und bei der Strafverfolgung.

Ich frage Sie daher: Welche Maßnahmen wurden von der Bayerischen Staatsregierung seit 2004 ergriffen, um in Zusammenarbeit mit der tschechischen Polizei zu einer Verbesserung der Sicherheitslage zu kommen? In welchen Bereichen ist mit einer Verbesserung der Sicherheitslage zu rechnen? Wie ist die Kriminalitätsbelastung in Tschechien im Vergleich zur Kriminalitätsbelastung in Bayern? In welchen Bereichen erwarten Sie aufgrund konkreter Anhaltspunkte eine Verschlechterung der Kriminalitätssituation in Bayern, und wer ist für die Schengen-Ausgleichsmaßnahmen zuständig? Ist es die Bundespolizei oder die Landespolizei?

Sie haben eine Polizeidichte von 1 : 570 angesprochen. Wie ist die Polizeidichte in anderen Regionen Bayerns? Wie stehen Sie zu den Überlegungen in Berlin, die Befugnisse der Bundespolizei zu erweitern, um die entsprechenden Maßnahmen im Schengen-Bereich zu ergreifen? Wie verhält sich Bayern dazu?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Zunächst, Frau Kollegin Kamm, ist es gut, dass sie darauf hinweisen, dass die Verbesserung der Zusammenarbeit eine wichtige Maßnahme ist und auch eine Voraussetzung dafür, dass Grenzkontrollen wegfallen können. Wir haben in den vergangenen Jahren eine Menge getan. Ich möchte behaupten, dass die Arbeit der bayerischen Polizei, aber auch die des Innenministeriums intensiver gewesen ist, als die jedes anderen deutschen Landes. Der frühere Bundesinnenminister Schily hat uns deswegen auch immer sehr kritisch gemahnt, wir sollten uns nicht als eigene Nation verstehen, weil wir dauernd mit der Polizei in Tschechien kontaktieren und die Ausbildung der Polizei in Ungarn durchführen.

Wir verzeichnen hier also auf den unterschiedlichsten Ebenen eine Intensivierung der Zusammenarbeit im größtmöglichen Maße. Es hat eine ganze Serie von Besuchen der Minister und der führenden Leute der jeweiligen Ministerien gegeben, wobei Arbeitsprogramme entwickelt worden sind. Es hat zwischen der Polizei, insbesondere zwischen den grenzanliegenden Polizeipräsidien, auf Arbeitsebene eine Zusammenarbeit und vielfältige Kontakte gegeben. Unser Landespolizeipräsident Kindler hat mit den Verantwortlichen der Polizeien der Nachbarländer intensive Kontakte. Wir arbeiten über die Grenzbeauftragten, die wir eingerichtet haben, laufend zusammen, sodass Anfragen kommen. Wir können insofern über die polizeiliche Zusammenarbeit die Dateien der Nachbarländer einsehen und Informationen abrufen, ob jemand zum Beispiel in der Tschechischen Republik als Straftäter in Erscheinung getreten ist. Das werden Sie

in besonderer Weise schätzen. Dabei sind die Einschränkungen des Datenschutzes nicht so hinderlich.

Darüber hinaus haben wir eine Zusammenarbeit bei der Aus- und Fortbildung. Wir können also sagen: Was auf diesem Gebiet möglich war, wurde von uns getan. Es gibt bestimmte Probleme, die größer sind als die in Richtung Österreich, Probleme, die sich allein schon aus der Sprache ergeben. Aber selbst in diesem Bereich versuchen wir, gewisse Schulungen und Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen.

Zur Frage, wer für die Schengener Ausgleichsmaßnahmen zuständig ist: Zunächst einmal sind die wesentlichen Ausgleichsmaßnahmen in den Ländern der EU-Osterweiterung zu treffen. Die Grenzkontrollen zwischen den Ländern des Schengener Abkommens und den übrigen Ländern sind naturgemäß an der Schengener Außengrenze durchzuführen. Das bedeutet, dass an der Ostgrenze Polens, an der Ostgrenze der Slowakei und an der Grenze Ungarns die Grenzkontrollen nach Schengen-Niveau und Evaluierungen der Europäischen Union durchzuführen sind. Der letzte Evaluierungsstand war, dass an der Grenze der Slowakei noch erhebliche Mängel festzustellen sind, sodass ich sage: Wenn man die eigenen Kriterien tatsächlich ernst nimmt und im nächsten halben Jahr nichts Substantielles verändert wird, dürfte nach den eigenen Kriterien die Grenzkontrolle nicht wegfallen. Wir wissen aber nicht, wie sich das entwickelt.

Die Maßnahme „Schengener Informationssystem one for all“ funktioniert bisher noch nicht und soll erst in den nächsten Monaten kommen. Ob das Ganze dann vollständig funktioniert, kann ich noch nicht sagen.

Auch die Verbesserung der Polizei in den Ländern der EU-Osterweiterung ist natürlich Aufgabe der jeweiligen Nationen. Die EU begleitet sie im Grenzbereich über die Agentur FRONTEX, sonst über Evaluierungskommissionen.

Wir haben in Innerdeutschland die Ausgleichsmaßnahmen in gewissem Umfang über die Bundespolizei getroffen; Stichwort Schleierfahndung. Aber diese Schleierfahndung ist natürlich in besonderer Weise Aufgabe der bayerischen Landespolizei. Wir waren auch diejenigen, die die Schleierfahndung insgesamt als neue polizeiliche Fahndungsmethode gefunden haben. Die Bundespolizei sieht sie nur im grenznahen Bereich von 30 Kilometern als Möglichkeit. Die Bestrebungen des Bundes, diese Möglichkeit auf 50 Kilometer auszudehnen, werden von mir nicht euphorisch begrüßt, sondern im Moment wird das von mir schlichtweg zur Kenntnis genommen, ohne dass ich das sehr unterstütze. Aber ich sehe, dass in anderen Bundesländern viele Kollegen eine solche Ausbildung sehr wünschen. Der Kollege in Mecklenburg-Vorpommern hält sie ebenso für sinnvoll und notwendig wie der Kollege in Sachsen. Aber im Moment steht keine Entscheidung an, sodass ich mir noch keine abschließende Meinung darüber gebildet habe, wie wir uns zu einem konkreten Gesetzesvorhaben stellen.

Wir in Bayern legen jedenfalls großen Wert darauf, dass die eigentliche Verantwortung für die Schleierfahndung bei uns liegt und dass sie der Bund nur in einer subsi-

diären, ergänzenden Weise durchführt. Das ist mit dem Bund im Wesentlichen so abgestimmt. Selbstverständlich hat die Bundespolizei ihre eigene Kompetenz. Aber wir werden insbesondere die Schleierfahndung weiter durchführen. Das gilt übrigens auch für den Bereich Oberbayern, Stichwort Rosenheim. Auch dort ist die ergänzende Schleierfahndung des Bundes kein Verdrängen der Verhandlungs- und Kontrollgruppen, die wir in Oberbayern haben.

Herr Kollege Kreidl, wir können die Kollegen der Polizei zu 100 Prozent beruhigen: Wir werden sie nicht etwa arbeitslos machen, sondern die Schleierfahndung in erster Linie selber verantworten. Die Bundespolizei ist auf diesem Gebiet ergänzend tätig. Durch Absprache wird sichergestellt, dass man den einen gar nicht, aber den nächsten zweimal kontrolliert. Das ist polizeiliche Routine, und da erwarte ich keine Schwierigkeiten.

Wir werden also dafür sorgen, dass wir unserer ersten Aufgabe, die wir als Freistaat Bayern haben, nämlich die Sicherheit im eigenen Land herzustellen, gerecht werden. Wir sind föderal organisiert, und damit ist klar, dass die Zuständigkeit des Bundes nur eine zweite Zuständigkeit ist. Das ändert nichts an unserer erstrangigen Verantwortung. Gerade weil das die bayerische Polizei in den vergangenen Jahren so gut gemacht hat, ist das im Interesse aller. Ich hoffe insofern auf die Unterstützung des gesamten Parlaments, wenn wir der bayerischen Polizei und der bayerischen Sicherheitspolitik ein Dankeschön dafür sagen, dass Bayern so erfolgreich arbeitet.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Nachfrage: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben folgende zwei Fragen nicht beantwortet: die Frage zur Kriminalitätsbelastung Bayern/Tschechien und die Frage zur unterschiedlichen Polizeidichte in Bayern, vor allem in Großräumen. Außerdem möchte ich folgende Frage anfügen: Sie haben gesagt, Sie hätten sich noch keine abschließende Meinung über die Frage der Kompetenz der Bundespolizei gebildet. Sie haben sich bis April 2007 auch nicht zur Organisation der Bundespolizei geäußert. Für wie erfolgreich halten Sie zum jetzigen Zeitpunkt Ihre heute beschlossenen Interventionen, die die Staatsregierung heute in der Pressemitteilung dargelegt hat?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Ich bitte um Entschuldigung, dass ich die Frage zur Kriminalitätsbelastung nicht beantwortet habe. Ich habe mir diesbezüglich einen Vermerk gemacht, aber nicht mehr gewusst, was er bedeuten soll.

Auch inhaltlich kann ich Ihnen nicht sehr befriedigend antworten. Wir haben selber ein System der polizeilichen Kriminalstatistik, das deutschlandweit abgestimmt ist. Aber wir haben keinerlei vergleichbare Abstimmung mit der Tschechischen Republik. Das heißt, dass die tschechische Kriminalitätsstatistik und die polizeiliche Vorgangs-

statistik nach völlig unterschiedlichen Kriterien festgelegt werden. Damit waren alle Versuche einer vergleichbaren Beurteilung erfolglos. Das hängt damit zusammen, dass die Straftatbestände bzw. Ordnungswidrigkeiten sehr unterschiedlich sind. Das hängt auch damit zusammen, dass das Rotlichtmilieu und die damit zusammenhängenden Probleme in Tschechien bisher strafrechtlich nicht relevant sind. Auf diesem Gebiet tut sich etwas in der Gesetzgebung.

Das hängt ferner damit zusammen, dass die Frage der Vernetzung der Patentrechte bisher nur sehr oberflächlich – wenn überhaupt – zur Kenntnis genommen wurde. Dieses Thema – Stichwort Vietnamesenmärkte – hat eine erhebliche Breitenwirkung, es wurde in Tschechien bisher nicht ernst genommen. Es hat auch damit zu tun, dass der Verkauf von in Deutschland un versteuerten Zigaretten in Tschechien nicht als Problem verstanden wird, obwohl es bei uns Milliarden-Ausfälle des Fiskus bedeutet. Daher kann ich Ihnen keine vernünftige Vergleichssituation nennen, wie sich die Kriminalität entwickelt.

Meiner Einschätzung nach haben wir selbstverständlich zu erwarten, dass nach dem Wegfall der Grenzkontrollen mancher Kriminelle seine Tätigkeit mehr als bisher in den Westen, nämlich nach Deutschland, verlagern wird, weil er die Grenzkontrolle als einen Sicherheitsfaktor nicht mehr fürchten muss.

Selbstverständlich ist die Attraktivität eines Einbruchdiebstahls in einem großen Elektronikmarkt bei uns sehr viel größer als in irgendeinem kleinen Geschäft in der östlichen Slowakei. Von daher muss damit gerechnet werden, dass sich die Kriminalität verlagern wird. Das ist eine einfache Analyse, die wir vorzunehmen haben. Die Frage ist, ob diese Kriminalität im grenznahen Bereich stattfinden wird. Ich glaube nicht, dass der Kriminelle aus dem östlichen Polen bis Zwiesel fahren wird, um unmittelbar neben der dortigen Polizeiinspektion einen Einbruch zu begehen. Dieser Kriminelle wird wahrscheinlich in eine größere Stadt, sei es nun Regensburg oder Weiden, fahren.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

– Frau Kollegin Stahl, ich möchte hier nicht ein Land oder die Bewohner eines Landes in Misskredit bringen. Damit hat das überhaupt nichts zu tun. Die Polen leiden unter ihren Kriminellen genauso, wie wir unter unseren Kriminellen leiden. Selbstverständlich nützen die Kriminellen heute die Anonymität der großen Entfernung und die Anonymität der Internationalität aus. Das weiß jeder, der in diesem Bereich tätig ist. Wir müssen deshalb damit rechnen, dass die Kriminalität – zumindest in einem Übergangszeitraum – ansteigt. Es wird sich zeigen, ob sie im grenznahen Bereich ansteigen wird. Die Sorgen im Grenzgebiet sind besonders groß. Unsere Konzeption lautet, dass wir durch die doppelten Sicherheitsschleier nach Möglichkeit Kriminelle nicht ins Land lassen wollen, sondern die betreffenden Leute bereits nach der Einreise sofort im Sicherheitsschleier erkennen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das können Sie an der Grenze doch nicht merken, was einer im Landesinneren tut!)

– Wie wird heute die Grenzkontrolle durchgeführt? – Heute wird die Grenzkontrolle durchgeführt, indem das Auto-kennzeichen in eine Datei eingegeben wird. Wenn sich dann herausstellt, dass jemand zum Beispiel im Kriminalaktennachweis wegen Hehlerei oder mehrerer Einbruchdiebstähle aufgeführt ist, wird er einer Kontrolle unterzogen. Diese Kontrolle kann natürlich auch jenseits der Grenze durch einen Selektierer der Schleierfahndung vorgenommen werden. Ein Selektierer der Schleierfahndung ist eine Person, die besonders geschult ist, um anzugeben, wer im Rahmen der Schleierfahndung kontrolliert werden soll. Der Selektierer wählt aus, welche von den vielen Tausend Fahrzeugen, die täglich vorbeifahren, einer Kontrolle unterzogen werden sollen.

Der Selektierer wird selbstverständlich auch die Dateien als Hilfsmittel verwenden. Ich hoffe, dass ihm dazu nicht nur die deutschen Dateien, sondern auch diejenigen der östlichen Nachbarländer zur Verfügung stehen, damit er auf Personen zugreifen kann, die wegen Kriminalität in Erscheinung getreten sind. Diese Leute werden dann von uns entsprechend freundlich empfangen und sorgfältig kontrolliert. Bei uns darf es nicht sein, dass jemand, der kontrolliert gehört, nicht kontrolliert wird. In der Folge wird es möglicherweise weitere Verlagerungseffekte bei der Kriminalität geben. Mein Berliner Kollege hat gesagt, wenn ihr so stark kontrolliert, wird sehr viel Kriminalität nicht bei euch stattfinden, sondern bei uns. Ich habe ihm geantwortet: Wenn ihr eine genauso erfolgreiche Sicherheitsarbeit betreibt, wird die Kriminalität verhindert und verringert. Deswegen werden wir dieses Erfolgskonzept auf den Weg bringen.

Im Zusammenhang mit der Frage des Herrn Kollegen Zeitler habe ich versucht, die Chancen darzustellen. Die Frage, ob Dr. Wolfgang Schäuble der Intervention Bayerns Rechnung tragen wird, ist völlig offen. Bisher hat er sehr deutlich darauf hingewiesen, dass seine Fachebene zu einer völlig anderen Beurteilung als wir gekommen ist. Dr. Schäuble sieht die Fachebene als ebenso wichtiges Kriterium wie die fachliche Beurteilung für Bayern an. Er hat sogar, zu meinem völligen Unverständnis, immer wieder gesagt, dass die fachliche Beurteilung durch die Bundespolizei wichtiger sei als die fachliche Beurteilung durch uns in Bayern. Ich hoffe hier auf die große Unterstützung der bayerischen Opposition. Ich hoffe, dass die Opposition sagt: Sie wissen, dass die bayerische Polizei und der bayerische Innenminister immer mehr recht haben als alle anderen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben alle Möglichkeiten der Einflussnahme – auch der informellen Einflussnahme – genutzt. Ich möchte mich hier beim Herrn Ministerpräsidenten herzlich bedanken.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch nicht selbstverständlich, dass man sich mit einem Kollegen anlegt. Wir haben in einer konzertierten Aktion versucht,

auf Dr. Wolfgang Schäuble Einfluss zu nehmen, und werden das auch weiter tun. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Auffassung fachlich richtig und strukturpolitisch notwendig ist. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mit einem Dank an Sie, Herr Staatsminister, beende ich die Ministerbefragung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Steuermehreinnahmen für Bayern: Nachhaltige Zukunftsinvestitionen statt Wahlkampfgeschenke**“ beantragt. Hierzu darf ich Herrn Kollegen Mütze für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Herr Kollege, Sie haben zehn Minuten.

Thomas Mütze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, Herr Minister! 3,32 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen in den nächsten beiden Jahren: Ich sehe schon die Euro-Zeichen in den Augen der Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite. Endlich, endlich, die Zeit des Darbens ist vorbei. Endlich kann man wieder mit der Gießkanne über das Land ziehen und das Geld zum Lob der CSU verteilen. Das wurde Ihnen in den letzten drei Jahren vom Finanzminister mit der Unterstützung des Ministerpräsidenten verboten, zu Recht verboten. Gleichzeitig hat aber der Sparkurs in Bayern viele offene Baustellen hinterlassen. Jetzt, wo das Geld da ist, um diese Baustellen zu schließen, geben Sie das zu, Herr Kollege Herrmann. Ich komme nachher noch auf Sie zurück.

Herr Ministerpräsident und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben in den letzten Jahren von der Substanz gelebt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben von der Substanz gelebt, und das wurde Ihnen von einer parteipolitisch nicht belasteten Institution wie dem ORH oft und immer wieder bestätigt. Ihre Propaganda mit der schwarzen Null hat das kurzzeitig zuge-deckt. Aber jetzt wird doch wieder deutlich, dass Sie sich in den vergangenen Jahren auf Kosten der Kommunen, auf Kosten der Infrastruktur und des sozialen Netzes für das Erreichen der schwarzen Null „bereichert“ haben. Herr Ministerpräsident, dies fällt Ihnen heute vor die Füße. Herr Staatssekretär, Ihre Ausreden, Sie hätten kein Geld, zählen jetzt nicht mehr.

Die Begehrlichkeiten sind groß. In Ihren Reihen werden die Messer schon wieder gewetzt. Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, um Ihnen darzulegen, welche

Ausgaben wir für Bayern für notwendig halten. Uns geht es um notwendige und zukunftsfähige Ausgaben und nicht um Ausgaben, die dazu dienen sollen, irgendwelchen CSU-Kolleginnen und -Kollegen zur Wiederwahl zu verhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das war nicht abschätzig gemeint.

Die erste Maßnahme, die der Finanzminister in die Öffentlichkeit gebracht hat, war das Aussetzen der Haushaltssperre in Höhe von 100 Millionen Euro für Staatsstraßen und kommunale Bauten. Warum nur für diese? Ist Ihnen die Insolvenzberatung oder die Förderung kommunaler Theater weniger wichtig? Setzen Sie die Haushaltssperre doch komplett aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstens. Nach der Haushaltsordnung ist diese Haushaltssperre nur für Notlagen zulässig. Sie haben sie jedoch als alltägliches finanzpolitisches Instrument genutzt, ohne dass dafür eine zwingende Grundlage vorhanden gewesen wäre.

Zweitens. Investieren Sie in Bildung und Hochschule. Herr Fraktionsvorsitzender von der CSU, jetzt komme ich zu Ihnen: Von Ihnen war heute in einer Pressemitteilung zu lesen, dass Sie den Unterrichtsausfall eindämmen, die Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern ausbauen und kleinere Klassen schaffen wollen.

Also gab und gibt es das tatsächlich. Wenn man etwas eindämmt, Herr Herrmann, dann gibt es eine Flut von Dingen, vor denen man sich schützen muss, zum Beispiel vor dem Unterrichtsausfall. So verstehe ich Ihre Pressemitteilung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also gab es diesen Ausfall, und jetzt muss er eingedämmt werden. Da sind wir bei Ihnen. Das ist schon in Ordnung. Warum haben Sie nicht schon vor Jahresfrist, als wir es angemahnt haben, gesagt, wir hätten recht und Sie würden etwas machen, wenn Geld vorhanden ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Solange gespart werden musste, gab es das nicht, jetzt aber doch.

Drittens. Investieren Sie in den Klimaschutz. – Herr Ministerpräsident, Entschuldigung, vielleicht könnte Sie Herr Fischer kurz zuhören lassen. Sie haben auf der Zugspitze gesagt, der Klimaschutz sei das Thema unserer Generation. Klimaschutz ist unser Thema. Ich habe aber noch in keinem einzigen Beitrag von Politikern der CSU gehört, dass die Steuermehreinnahmen für den Klimaschutz

ausgegeben werden sollen. Also ist er doch nicht so wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei wären doch Investitionen in die Sanierung staatlicher Gebäude mit einer Stärkung der Bauwirtschaft, einer Senkung des CO₂-Ausstoßes und der Reduzierung der staatlichen Energierechnung eine „Win-Win-Win-Situation“, also eine dreifache Gewinnsituation. Drei positive Effekte könnten mit einer einzigen Maßnahme erreicht werden, wenn man also die staatlichen Gebäude energetisch so sanieren würde, dass man auch wirklich Energie einsparen kann. Jahrelang wurde das nicht gemacht.

Viertens. Geben Sie den Kommunen das, was ihnen zusteht. Lösen Sie endlich Ihre Finanzierungszusagen ein und beenden Sie das unmögliche Schauspiel, dass die Kommunen jahrelang Ihre Zuschüsse vorfinanzieren müssen. Das muss beendet werden. Hier muss endlich eine klare Finanzierung geschaffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens. Treffen Sie Vorsorge für die Beamtenpensionen. Dazu hat sich wiederum der Fraktionsvorsitzende der CSU geäußert. Das freut mich. Herr Ministerpräsident, Baden-Württemberg steigt im nächsten Jahr mit 500 Millionen Euro in einen Pensionsfonds ein. Von Bayern habe ich dazu nichts gehört außer dem, was heute ganz aktuell der Fraktionsvorsitzende gesagt hat. Der Minister will sich rausschleichen und es seiner Nachfolgerin oder seinem Nachfolger überlassen. Hier sprechen wir auch von einer verdeckten Verschuldung – ein Wort, das von der CSU bis jetzt so noch nicht gebraucht wurde. Gab es doch eine Verschuldung in den Zeiten der schwarzen Null in der letzten Zeit? Jetzt ist also die verdeckte Verschuldung da, und die müssen wir bekämpfen. Bauen wir doch erst einmal die verdeckte Verschuldung ab, bevor wir an die Verschuldung herangehen, die es auch noch gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die verdeckte Verschuldung bei den Beamtenpensionen wird uns in der nächsten Zeit in unseren Haushalten immer weniger Handlungsspielraum lassen.

Treffen Sie als Letztes Vorsorge für die vorhandenen und für die unbekannteten Finanzrisiken, von denen wir noch gar nicht wissen, was sie kosten. Wir wissen noch nicht, wie die Länder die Krippen mitfinanzieren sollen. Wir kennen die Höhe nicht. Ich verweise auf den Tarifabschluss mit den staatlichen Angestellten oder auf Ausfälle in Millionenhöhe bei der Unternehmenssteuerreform. Auch für den Digitalfunk ist die Finanzierungszusage erhöht worden. Schon morgen soll das vorgestellt werden. Ich bin gespannt darauf. Heute wird darüber im Bundestag beraten. Das sind Kosten, die auf uns zukommen, von denen wir aber noch gar nicht wissen, wie hoch sie sind. Dafür brauchen wir eine Rücklage. Schuldentilgung ist in diesem Zusammenhang die letzte und nicht die erste Maßnahme, wie es der Finanzminister zu formulieren pflegte.

Ich komme noch zu einem Ihrer Lieblingskinder. Es ist schön, dass der Wirtschaftsminister hier ist. Das, was wir als Letztes brauchen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Transrapid.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können uns das sehr wohl vorstellen. Die Ministerien und die Abgeordneten werden mit kleinem Geld bedacht.

(Staatsminister Erwin Huber: Rückwärtsfahrer!)

Von Herrn Minister Huber hört man in letzter Zeit verächtlich wenig. Ich gehe aber davon aus, dass er nicht faul, sondern sehr fleißig ist, wie er es zu Ehren Bayerns immer ist. Er wird sicher dafür sorgen, dass die Finanzierungslücke, die beim Transrapid besteht, mit einer erklecklichen Summe aus den Steuermehreinnahmen gefüllt wird. Wagen Sie es nicht bei allen Finanzierungsnotlagen, die wir in Bayern haben, das Geld für dieses Dinosaurierprojekt zu verschleudern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denken Sie erst gar nicht daran. Denken Sie daran, was in Bayern zu finanzieren ist: das soziale Netz, der Klimaschutz und die ganze Infrastruktur, die in den letzten zehn Jahren in Bayern vernachlässigt worden ist. Man muss schon zehn Jahre zurückblicken. Kollege Sackmann kann Ihnen bestimmt stundenlang davon erzählen, was den ländlichen Raum betrifft.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Soviel weiß er auch nicht!)

– Er kann Ihnen aber etwas dazu sagen. Finanzieren Sie die Infrastruktur so, wie es sich gehört. Erst dann können wir über Schuldentilgung und Sonstiges reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Ach.

(Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Manfred, halte jetzt dagegen!)

- Bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!

Manfred Ach (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh darüber, dass es heute zu dieser Aktuellen Stunde gekommen ist. Wie allen hier im Saal – zumindest denen, die über ein längerfristiges Gedächtnis verfügen – bekannt ist, hat der Ministerpräsident in der Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode gesagt, wir betreiben Politik unter dem Motto „Sparen, Reformieren und Investieren“. Herr Kollege Mütze, die in Ihrem Titel gewählte Formulierung verwundert deshalb sehr. Wenn es in Deutschland eine Partei gibt, die sich nicht mit Wahlkampfgeschenken aufhalten muss, sondern auf nachhaltige Zukunftsinvestitionen

setzen kann, dann ist es die Christlich-Soziale Union, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch und Zurufe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Sie können nachher reden; wenn Sie nicht so schreien, wäre es angenehmer.

Das Sparen und das Reformieren haben wir mit durchaus schmerzlichen Eingriffen, aber ohne jegliche Unterstützung durch die Opposition abgearbeitet. Jetzt investieren wir in wichtige ausgewählte Schwerpunkte und bauen Schulden ab. Jetzt, da wir aufgrund unserer Stärke gestalten können, will uns die Opposition sagen, wie wir das Geld zu verteilen haben. Ein Kuriosum sondergleichen!

Deshalb zur Aufklärung vielleicht auch zur besseren Information zunächst ein Hinweis vorweg: Die gegenüber den jeweils letzten Steuerschätzungen prognostizierten Mehreinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen in Höhe von knapp 180 Milliarden verteilen sich auf insgesamt fünf Jahre, also bis 2011, und sind nicht mehr als Prognosen. Die aufgrund der aktuellen Gesetzentwürfe zur Unternehmenssteuerreform und zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge – Herr Kollege Mütze, Sie haben es erwähnt – zu erwartenden Mindereinnahmen konnten bei der jüngsten Mai-Steuerschätzung noch gar nicht berücksichtigt werden. Von den Mehreinnahmen, die die Mai-Steuerschätzung für dieses und nächstes Jahr prognostiziert, entfallen auf die Länder insgesamt 27 Milliarden Euro. Nach den regionalisierten Berechnungen darf der Freistaat Bayern für die Jahre 2007 und 2008 erfreulicherweise mit Mehreinnahmen von insgesamt 3,3 Milliarden Euro rechnen.

Nun stellt sich in der Tat die Frage, wie eine nachhaltige, besonnene Finanzpolitik, wie sie die CSU-Landtagsfraktion seit jeher pflegt, mit dieser erfreulichen Entwicklung umgeht. Ich will Ihnen dazu drei Punkte nennen.

Erstens. Wir investieren.

Zweitens. Wir verzichten auf den Einsatz von Privatisierungserlösen.

Drittens. Wir zahlen einen Teil unserer Schulden zurück, wie es übrigens Umfragen zufolge von zwei Dritteln der Bevölkerung erwartet wird. Zwei Drittel der Bevölkerung erwarten eine Rückzahlung von Schulden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Erstens. Wir investieren und beschleunigen dabei unter anderem die Abfinanzierung des sogenannten Antragstaus. Selbstverständlich werden wir den finanziellen Spielraum, den wir durch die zu erwartenden Mehreinnahmen gewinnen, für Investitionen und andere zukunftsweisende Ausgabenschwerpunkte nutzen, und zwar besonnen und seriös, wie es seit jeher in den letzten Jahren der Fall war. Schon aus der aktuellen Diskussion über die Vorschläge des Gutachtens 2020 oder über die Haupt-

schulinitiative der Staatsregierung wird erkennbar, dass die weitere Stärkung unserer Schulen und Hochschulen ein wesentlicher Schwerpunkt sein wird. Wir werden aber auch die klassischen Investitionen nicht vernachlässigen und uns daher auch bei der Infrastruktur wie beim Hoch- oder beim Straßenbau engagieren. Sie können davon ausgehen, dass wir nicht zuletzt dafür sorgen werden, dass unsere Kommunen kräftig investieren können.

Zusätzlich zu den Zuwächsen bei den Steuereinnahmen, die den Kommunen zustehen und die zur Zeit bekanntlich sehr gut sind, wollen wir im Landeshaushalt weitere Mittel einsetzen, um die Abfinanzierung von investiven Maßnahmen in ausgewählten, zukunftsrelevanten Bereichen spürbar zu beschleunigen. Im Übrigen wurden alle Entscheidungen zum kommunalen Finanzausgleich seit Jahren einvernehmlich mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffen. Da verstehe ich Ihre Kritik nicht, Herr Kollege Mütze. Was regen Sie sich eigentlich auf? – Hätten Sie die Entscheidungen mitgetragen, bräuchten Sie sich heute nicht aufzuregen.

(Beifall bei der CSU)

Oder, um den Pensionsfonds anzusprechen: Wollen Sie vielleicht einen Pensionsfonds einrichten, wie es das Land Rheinland-Pfalz getan hat? – Ein schuldenfinanzierter Pensionsfonds kann doch nicht Ziel einer seriösen Politik sein. Sie sollten vielleicht doch über den Tellerrand hinausschauen.

Um bereits im laufenden Jahr weitere Wachstums- und Investitionsimpulse zu setzen, hat die Bayerische Staatsregierung – ich begrüße das außerordentlich – in Absprache mit der CSU-Fraktion über Sperrefreigaben im Haushalt zusätzliche Mittel sofort zur Verfügung gestellt. Mit diesen zusätzlichen Mitteln stoßen wir bei den Kommunen und freien Trägern sowie bei den staatlichen Baumaßnahmen schon jetzt weitere Investitionen an. Wir sind also auf dem besten Weg, zügig all das umzusetzen, was uns jetzt zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE) – Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist doch alles Camouflage!)

Zweitens. Zu einer nachhaltigen Finanzpolitik gehört auch, dass die Ausgaben aus den laufenden Einnahmen finanziert werden. Ich greife das Stichwort „Bildungsmilliarde“ auf. Sie fordern eine Milliarde nur für die Bildung. Ich frage mich, wie Sie diese Forderung mit Ihrer bisherigen Argumentation unter einen Hut bringen wollen. Vielleicht kann Ihnen Herr Kollege Waschler in dieser Richtung ein klein wenig Aufklärung geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, es war und ist das erklärte Ziel von Mehrheitsfraktion und Staatsregierung, den Einsatz von Privatisierungserlösen auf das unabdingbar notwendige Maß zu reduzieren, damit wir nachfolgenden Generationen Gestaltungsspielräume lassen.

(Beifall bei der CSU)

In Umsetzung dieses Grundsatzes werden wir daher sowohl im Nachtragshaushalt 2008 wie auch bei der Anschubfinanzierung des Zukunftsprogramms Bayern 2020 die Privatisierungsmittel schonen und unseren Ausgabenbedarf stattdessen aus laufenden Steuereinnahmen decken. Auch dies ist Ausdruck einer sehr soliden Finanzpolitik.

Für uns Finanzpolitiker ist ferner sehr erfreulich, dass nach der gegenwärtigen Finanzplanung für die erste bis zum Jahr 2012 konzipierte Phase des Zukunftsprogramms Bayern 2020 aus laufenden Steuereinnahmen insgesamt 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden können. Das ist, glaube ich, außerordentlich erfreulich, und das sollte die Opposition bei aller kritischen Betrachtung auch einmal positiv bewerten.

Die dritte Säule nachhaltiger Finanzpolitik erklärt sich von selbst. Wann, wenn nicht jetzt, ist es an der Zeit, einen Teil unserer Schulden zurückzuzahlen? – Auch der Freistaat Bayern hat Schulden. Sie wurden von uns gemeinsam entwickelt. Es sind, genau gesagt, Schulden in Höhe von 23 Milliarden Euro, die uns jedes Jahr über eine Milliarde Euro an Zinsen kosten.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Plus die verdeckten Schulden!)

Wenn wir einen Teil der zu erwartenden Mehreinnahmen dazu nutzen, um unsere Schulden zu tilgen, bringt uns das für die Zukunft handfeste, dauerhafte Finanzierungsspielräume. Dazu ein Beispiel: Tilgen wir – ich sage das in Anführungszeichen: „nur“ – 500 Millionen Euro, haben wir in Zukunft jedes Jahr 22 Millionen mehr zur Verfügung, weil wir uns die entsprechenden Zinsen sparen. Hier eröffnen sich Spielräume, mit denen wir die Zukunft wirklich in gutem Sinne gestalten können.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie reden immer davon, Bayern habe keinen ausgeglichenen Haushalt. Gehen Sie doch einmal in andere Bundesländer und fragen nach, wie dort die Haushalte sind. Künftig wird es vielleicht nur ein Bundesland geben, das eine rot-grüne Regierung hat, vielleicht wird es auch rot-rot regiert werden, wie auch immer. Bayern wird jedenfalls immer wieder als Beispiel apostrophiert. Ich behaupte, dass Bayern in einem langwierigen und schwierigen Prozess bundesweit dargestellt hat, wie nachhaltige Finanzpolitik beginnen muss. Ich bin deshalb mit der Staatsregierung, mit dem Herrn Ministerpräsidenten und der CSU-Landtagsfraktion völlig darin einig, dass Bayern, wenn es jetzt mit der Tilgung von Altschulden beginnt, ein zweites Mal zum Vorreiter in Sachen Haushaltspolitik wird. Damit bringen wir zum Ausdruck, wie eine nachhaltige, gute Finanzpolitik fortzusetzen ist. Ich glaube, das sollten wir der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fasse zusammen: Die für Bayern zu erwartenden Mehreinnahmen ermöglichen uns eine zukunftsorientierte, nachhaltige Finanzpolitik aus einem Guss. Wir können die

erforderlichen Ausgabeschwerpunkte bilden. Wir können investieren und dabei gleichzeitig unsere solide Haushaltspolitik fortsetzen, indem wir Privatisierungserlöse schonen und alte Verbindlichkeiten zurückführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, an Ihre Adresse sage ich: Das ist auch genau der Kurs, den die Mehrheit der bayerischen Bürgerinnen und Bürger begrüßt und den sie sich weiterhin wünscht. 50 Jahre CSU-Alleinregierung haben sich für Bayern auf jeden Fall bewährt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Da hätte ich mir aber schon mehr erwartet! Das war sehr mager!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dupper.

Jürgen Dupper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mit „mager“ kann ich nicht dienen, aber mit einer großen Freude über die heutige Aktuelle Stunde. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, sind hochofrenet über diese Gelegenheit, unsere richtigen Positionen darzustellen. Wir sind doch diejenige Fraktion, die schon in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 die richtigen Vorschläge gemacht hat,

(Beifall bei der SPD)

Vorschläge, die im Großen und Ganzen vor nicht allzu langer Zeit von der Henzler-Kommission eindrucksvoll bestätigt wurden. Unsere Akzente waren die richtigen, und wir müssen keine Kehrtwenden erklären.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Vorschläge waren auch samt und sonders gegenfinanziert,

(Johann Neumeier (CSU): Überhaupt nicht!)

weshalb ich insbesondere den Mitgliedern der Staatsregierung und der CSU empfehle, sich in Ihre Reden neue Textbausteine einfügen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

So erinnere ich in diesem Zusammenhang gerne an unseren Finanzierungsvorschlag bezüglich der zinslosen Darlehen an die Flughafen München GmbH, die Sie immer noch gewähren. Vor diesem Hintergrund erleichtern uns die geschätzten Steuermehreinnahmen die Arbeit sehr, aber nicht die plötzliche Erkenntnis der Staatsregierung und der sie bisweilen tragenden Fraktion, wonach es zahlreiche Handlungsfelder gäbe, in denen Mehrbedarf besteht. Das erstaunt uns; denn seit Jahr und Tag – ich kann hier nur dem Kollegen Mütze recht geben – zeigen wir auf, wo dringender Handlungsbedarf besteht:

Wir sagten Ihnen, dass in Bayern der ländliche Raum in Bezug auf wirtschaftliche Prosperität und auf Entwicklungsperspektiven abgehängt wird.

Wir sagten Ihnen, dass eine griffige Regional- und Strukturpolitik durch keine noch so wohlklingenden Zukunftsprogramme zu ersetzen ist.

Wir sagten Ihnen, dass in Bayern das Bildungssystem chronisch unterfinanziert ist und Ihre Reformkulissen keine Lösungen im Sinne von chancengerechter Bildungspolitik darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagten Ihnen, dass in Bayern ein doppelter Abiturjahrgang kommt und dass die Unis, allesamt finanziell Not leidend, keineswegs darauf vorbereitet sind.

Wir sagten Ihnen, dass die frühkindliche Förderung breiten Raum braucht und dass dafür auch Geld fließen sollte.

(Beifall bei der SPD)

In aller Bescheidenheit wiesen wir darauf hin, dass das soziale Bayern keine nostalgisch verklärte Sozialromantik ist, sondern zu diesem Freistaat gehört wie die Blasmusik und der Trachtenball.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagten Ihnen, dass Bayerns Kommunen eine echte Chance brauchen, die kommunale Selbstverwaltung zu leben. Dabei darf man seinen Blick nicht von den nur in den Ballungszentren sprudelnden Steuereinnahmen trüben lassen.

Schließlich sagten wir Ihnen, dass sich die staatliche Infrastruktur, das Volksvermögen, wenn Sie so wollen, streckenweise in einem bedauernswerten Zustand befindet und dass dies überhaupt nichts mit der viel zitierten Generationengerechtigkeit zu tun habe.

All das haben wir Ihnen über Jahre nahegebracht, aber Sie wollten es nicht hören.

Nun, nach der Vorlage der Ergebnisse der Henzler-Kommission und nach der Bekanntgabe der großen Steuerschätzung, befällt Sie nie gekannter Aktionismus. Jetzt besteht Handlungsbedarf an fast allen Ecken des Freistaats; jetzt weiß der Finanzminister schon gar nicht mehr, unter welcher Matratze er noch das Geld verstecken soll.

Ich sage Ihnen eines: Nachhaltige, solide und wachstumsorientierte Finanzpolitik schaut anders aus;

(Beifall bei der SPD)

denn wenn landespolitische Defizite erst dann als solche erkannt werden, wenn eine Kommission oder ein Finanzplanungsrat tagt, spricht das Bände über Ihre Wahrneh-

mungsfähigkeit und über den zeitlichen Horizont, unter dem Sie Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist die SPD-Fraktion auf dem richtigen Weg. Wir haben nämlich eine klare finanzpolitische Ausrichtung.

(Johann Neumeier (CSU): „Weiter so!“)

Natürlich, lieber Kollege Neumeier, darf das wohlfeile Getue nicht davon ablenken, dass die Konsolidierung des Haushalts oberstes Ziel ist.

Gerade dann, wenn wie jetzt Steuerquellen sprudeln, sollte man klare Prioritäten setzen. Moderne und zukunftsgerichtete Finanzpolitik kann sich nicht darin erschöpfen, die Summe aller politischen Wünsche zu finanzieren – darin sind wir uns einig, lieber Kollege Ach. Eine moderne Finanzpolitik muss Vorrangigkeiten und Nachrangigkeiten definieren.

Sie wissen, dass wir uns mit dem Antragspaket zum Doppelhaushalt auf dieses schwierige Geschäft eingelassen haben. Weg vom Sowohl-als auch, hin zum Entweder-oder. Diesen Schritt kann ich in Ihren jetzigen Umtrieben nicht erkennen. Unter Ihrem Joch des bevorstehenden innerparteilichen und bayernweiten Wahlkampfes fallen Sie in alte Rituale des Gießkannenprinzips zurück nach dem Motto: Wo ist denn noch ein Interessenverband, der noch nicht bedient ist?

(Beifall bei der SPD)

So, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wird das nichts. Sie werden sich entscheiden müssen: Wollen wir einen nachhaltige Stärkung des ländlichen Raums, oder finanzieren wir doch noch ein Prestigespielzeug?

Noch eines: Wir haben dank Ihrer Politik die schräge Situation, dass wir sehr oft die Lasten früherer Entscheidungen bereinigen müssen. Ich erinnere hier nur an den verfehlten Umgang mit den Privatisierungserlösen, der dazu führte, die Investitionsquote zu vernachlässigen und stattdessen teure Apparate aufzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage klipp und klar: Die Steuermehreinnahmen sind erfreulich. Sie sind zwar hilfreich bei der Finanzierung wichtiger Vorhaben, aber sie sollten uns nicht davon abhalten, stringente Prioritätensetzungen im Haushalt vorzunehmen und das Land zukunftsfest zu machen.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch und werden dieses Hohe Haus noch oft beschäftigen. Kurz zusammengefasst entspringen sie der tiefen Einsicht, dass Vorbeugen immer besser ist als Nachsorgen, dass es also richtig und wichtig ist, Schüler zu fördern, bevor sie in der Schule scheitern, dass es richtig und wichtig ist, Infrastruktur laufend zu sanieren, bevor der nachfolgenden Generation ein gigantischer Sanierungsbedarf vererbt

wird, und dass es richtig und wichtig ist, jetzt aktive Strukturpolitik in Ostbayern zu betreiben, bevor man mit Sozialprogrammen für virtuelle Arbeitsmärkte schulen muss. Mit unseren Vorschlägen, die eine echte Schwerpunktsetzung abbilden, verfolgen wir eine zielgerichtete Verwendung der bayerischen Steuermilliarden. Wir wollen gezielt investieren in Arbeitsplätze, auch und gerade in den ländlichen Raum, in Kinder und in Bildung. Wenn Sie schon Außergewöhnliches anstellen wollen angesichts der guten Haushaltslage, hätte ich folgenden Vorschlag: Der Freistaat ist einer der größten Schuldner seiner Kommunen und der privaten Träger.

(Beifall bei der SPD)

Die Caritas-Behindertenhilfe im Landkreis Passau und in der Stadt Passau muss Schulgeld für ihre Förderschulen erheben, weil die zugesagten staatlichen Gelder zu langsam fließen. Dies ist kein Einzelfall, und das im 21. Jahrhundert. Bayernweit reden wir hier über Hunderte von Millionen Euro, die zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt sind und somit in der Zwischenfinanzierung die freien Träger ungeheuer belasten. Dies gilt für die privaten Schulen genauso wie für die Maßnahmen des Landesbehindertenplans, für die Abwasser- und Wasserförderung genauso wie für den Krankenhausbau, für die klassische Förderung nach Artikel 10 FAG genauso wie für die Sportvereine – überall dasselbe klägliche Bild. Hier sollten wir schnell und zielgenau Hilfe leisten. Hier sollten Sie nicht länger auf dem Rücken der Kommunen oder der freien Träger Haushaltsverschönerungen betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Die Aufhebung der Haushaltssperre bei den Investitionen ist nur billig und recht. Es fragt sich nur, warum sie jemals erlassen wurde.

Meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren, Sie sollten die derzeitigen guten Rahmendaten nicht dazu nutzen, die alten Fehler zu wiederholen, sondern gemeinsam mit uns klar definierte Zukunftsaufgaben finanzieren. So gesehen freuen wir uns auf den Herbst, wenn die CSU und die Staatsregierung endlich wieder wissen, woran sie sind.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir gerade seitens der Opposition erleben, ist ein klassisches Eigentor. Man könnte die Aktuelle Stunde auch beschreiben als Aktuelle Stunde der schleichenden Angst der Opposition vor der Zukunft.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das, was hier geboten wurde, ist sehr bedenkenswert. Was soll man jetzt eigentlich tun? Was will die Opposi-

tion? – Da wird vom Haushaltssprecher der SPD in der „Welt am Sonntag“ vom 20. Mai vor Wahlgeschenken gewarnt – heute wiederholt mit anderen Worten –, gleichzeitig werden Investitionen in die Bildung gefordert – Herr Kollege Mütze hat es fast wortgleich wiedergegeben. Wenn man bedenkt, was die CSU-Fraktion alles in die Wege geleitet hat, stellt sich in der Tat die Frage: Was will die Opposition eigentlich? Was will die Opposition denn wirklich? – Denn das, was vonseiten der Opposition bisher gekommen ist, waren Vorschläge, die ungedeckt waren. 1 Milliarde, 1,5 Milliarden – darf es noch ein bisschen mehr sein?

Wir dagegen sagen ganz konkret, unsere Zielrichtung in der Agenda 2020 sind Kinder, Bildung und Arbeitsplätze – um dieses Beispiel herauszugreifen –, und genau da sitzt der Stachel im Fleisch der Opposition, weil der Opposition jetzt ein wichtiges Thema abhanden kommt, von dem sie meinte, dass sie es besetzen kann. Das ist nicht mehr der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, hier gelten die Fakten; denn die Gedanken, die Sie gehabt haben, haben wir auch, aber wir sehen die Realitäten und die Wege, wie wir wichtige Dinge erreichen können. Deshalb möchte ich einige wenige Punkte aufzählen.

Herr Kollege Ach hat die Solidität des Staatshaushalts als wichtige Maxime unseres Handelns deutlich herausgestrichen. Wenn wir zum Beispiel im Bildungsbereich, der angesprochen worden ist, im Rahmen der Hauptschulinitiative einen Ausbau um 500 Standorte auf über 600 Standorte im Endausbau mit Blick auf die nächsten Jahre in die Wege leiten und finanzieren, dann ist das ein markantes Ziel.

Das zweite Ziel ist der Abbau der großen Klassen. Auch hier sind wir auf dem richtigen Weg. Zwischen dem Finanzminister und dem Kultusminister ist eine Einigung zustande gekommen, die wir von der Fraktion sehr begrüßen, dass nämlich die Klassen mit 35 Schülern an Realschulen und Gymnasien abgebaut werden. Das ist eine Forderung gewesen, die wir hoffentlich von der Opposition mit Beifall begleitet bekommen. – Ich habe bisher nichts gehört, aber das sind über 150 Stellen, die hier bereitgestellt werden.

Drittens. Ich komme zur Mobilien Reserve. Der Unterrichtsausfall ist in der Tat ein Problem, gerade wenn man mit Krankheiten zu tun hat und keine Mobile Reserve vorhanden ist. Ich bitte aber die Opposition anzuerkennen, dass im Rahmen eines Stufenplans schon für das nächste Schuljahr insgesamt 280 Stellen bereitgestellt werden, um den Unterrichtsausfall bestmöglich zu vermeiden. Der Stufenplan mit einem hohen Kontingent greift schon zu Beginn des nächsten Schuljahres, wobei im November 2007 weitere 150 Stellen zu den dann bestehenden 1850 Stellen kommen, und zwar neue Lehrerstellen für die Mobile Reserve. Im Januar 2008 werden Mittel für weitere 80 Vollzeitstellen folgen. Die Kontingente werden auf alle Schulämter aufgeteilt. Für den Februar 2008, zum Halbjahr, werden noch einmal Mittel für 50 Vollzeitstellen

gefordert. Das muss man doch vonseiten der Opposition zur Kenntnis nehmen. Wer es nachlesen will: Im Ministerratsbeschluss vom 17. April ist das zugrunde gelegt.

Viertens. Wenn die Sperrefreigabe betreffend 100 Millionen Euro begrüßt wird, verstehe ich nicht, warum die Opposition sagt, die Bildung wäre zu kurz gekommen. Natürlich kann es immer etwas mehr sein, aber immerhin ein Drittel fließt in Investitionen in die Bildung. Ein Drittel ergibt sich allein durch die Sperrefreigabe, die den Ausführungen des Finanzministers zugrunde gelegt ist.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man uns hier unterstellt, wir wüssten nicht, in welche Richtung wir gehen wollen, und wir wüssten nichts mit unseren Handlungsspielräumen anzufangen, dann kann ich nur sagen, die Unterstellung der Opposition, es gehe um Wahlgeschenke, ist billig, nicht seriös und führt nicht in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausführungen der Opposition waren nicht lediglich dürr, sondern vollmundig, aber abseits der Realität. Ich räume aber gern ein, dass wir durchaus auch in die Bereiche investieren, von denen die Opposition sagt, dort gehört Geld hin.

Deswegen werden wir auch für die frühkindliche Förderung viel Geld in die Hand nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Gäste aus der französischen Partnerregion Limousin begrüßen. Auf der Ehrengasttribüne hat anlässlich eines Arbeitsbesuchs der Präsident der französischen Partnerregion Limousin, Herr Jean-Paul Denanot, zusammen mit einer Delegation Platz genommen. Ich heiße Sie, Herr Präsident Denanot, und die Mitglieder Ihrer Delegation im Bayerischen Landtag recht herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt und erfolgreiche und informative Gespräche und Begegnungen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): „Bienvenu“ heißt das!)

Mon Président, bonjour et bienvenu!

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren fort. Nächster Redner ist der geschätzte Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder bemerkenswert, wenn man Herrn Kollegen Waschler hier reden hört.

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Man bekommt geradezu den Eindruck, an bayerischen Schulen läge nichts im Argen, gar nichts.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Alles wunderbar!)

Herr Kollege Waschler, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich kann Ihnen sagen, die Schüler, die Eltern, die Lehrer, die Verbände, die Menschen in diesem Land haben von Ihren Ankündigungen, von Ihrem Wegdiskutieren, von Ihren Versprechungen die Nase voll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie brauchen nichts anderes zu tun als Zeitung lesen oder in die Schulen gehen, dann werden Sie feststellen, was alles im Argen liegt. Sie haben vorhin die Frage gestellt: Was will eigentlich die Opposition? – Ich will es Ihnen sagen: Wir wollen mehr Lehrer, wir wollen kleinere Klassen, wir wollen, dass der Unterrichtsausfall aufhört, wir wollen individuelle Förderung der Kinder, wir wollen, dass der Leistungsdruck an den Schulen aufhört. Wir wollen, dass die Nachhilfe zurückgefahren wird. Wir wollen die Bildungsungerechtigkeit beseitigen, wir wollen, dass die Förderschulen mehr bedacht werden. Wir wollen, dass die Berufsschulen mehr Geld bekommen. Und so weiter und so fort. Dies alles wollen wir!

(Beifall bei der SPD)

So viel, um Ihre Frage zu beantworten. Bisher haben Sie das alles abgestritten. Seit dem Gutachten der Henzler-Kommission tun Sie das nicht mehr. Bisher haben Sie gesagt, es gäbe keinen Unterrichtsausfall.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das stimmt doch nicht! – Gegenruf der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD): Natürlich! Leugnen Sie das doch nicht!)

Ich kann mich erinnern, dass Ihr Minister hier bei der ersten Ministerbefragung erklärt hat, der Unterrichtsausfall, das seien nur Einzelfälle. Jetzt, nach der Henzler-Kommission, geben Sie plötzlich zu, dass es Unterrichtsausfall gibt. Jetzt, nach der Henzler-Kommission, geben Sie zu, dass wir zu große Klassen haben. Jetzt, plötzlich, geben Sie auch zu, dass wir Handlungsbedarf haben.

(Beifall bei der SPD)

All diese Tatsachen haben Sie gewusst, Herr Kollege Waschler, und deshalb werden wir Sie auch nicht aus der Verantwortung entlassen. Alle Anträge, die wir gestellt haben, für mehr Lehrer, für kleinere Klassen und für eine individuelle Förderung, auch unsere Forderung „Tausend Lehrer für Bayerns Schulen“, all das haben Sie in den letzten Jahren abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Sie tragen deshalb die Verantwortung für die Lage an den bayerischen Schulen.

Nun kommt noch ein Punkt dazu. Sie behaupten immer wieder, Sie hätten die Bildungsausgaben gesteigert. Das ist aber eine Lüge.

(Manfred Ach (CSU): Beweisen Sie das!)

– Ja, das kann ich beweisen. Wenn man die Bildungsausgaben in den letzten Jahren um die Versorgungsausgaben bereinigt, Herr Kollege Ach, stellt man fest, dass der Betrag, der den Schulen zugutekommt, um nahezu 200 Millionen Euro gesunken ist.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nehmen wir doch die Lehrer ganz heraus!)

Hätten Sie den Haushaltsansatz für 2005 oder 2006 für das Jahr 2008 weitergefahren, dann hätten wir heute 200 Millionen Euro mehr in der Kasse. Jetzt kommt Ihr großer Trick. Ich habe Ihre Pressemitteilung gelesen, Herr Kollege Waschler. Die ist schon wirklich interessant. Sie zeigt, was das Megathema „Bildung“ der CSU jetzt wert ist. Wir haben in diesem Jahr Steuermehreinnahmen von 1,3 Milliarden Euro. Heute bekommen wir eine Pressemitteilung des Herrn Kollegen Waschler auf den Tisch, und darin heißt es, dass das Megathema „Bildung“ der CSU gerade einmal ein Prozent der Steuermehreinnahmen wert ist. Nur ein Prozent!

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Quatsch!)

Sie haben in Ihrer Presseerklärung angekündigt, Sie werden für die Realschulen und für die Gymnasien 100 Lehrerplanstellen zusätzlich schaffen. Was ist denn mit den Grundschulen? Was ist mit den Hauptschulen? Was ist mit den beruflichen Schulen? – Sie wollen 100 Lehrer für die Realschulen und die Gymnasien. 100 Lehrer, das bedeutet ein Prozent der Steuermehreinnahmen für Bayern. Das ist die Wahrheit. So stehen Sie zu diesem Megathema!

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube aber, so kommen Sie nicht weiter.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist völlig aus dem Zusammenhang gerissen! – Gegenruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD): So reden Sie nur, weil Sie ein schlechtes Gewissen haben!)

Bitte nehmen Sie endlich zur Kenntnis: Wenn wir wollen, dass es den bayerischen Schulen besser geht, und zwar allen bayerischen Schulen, dann müssen Sie mehr Geld als diese 100 Millionen Euro, als dieses eine Prozent der Steuermehreinnahmen, in die Hand nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Sie müssen bei der Frage des Bedarfs unbedingt auch an die Grundschulen denken. Sie müssen auch die beruf-

lichen Schulen und die Förderschulen berücksichtigen, Sie müssen an die frühkindliche Bildung denken.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

So ist die Lage!

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): 100 Millionen, das sind 100 Lehrer, Herr Kollege?)

Denken Sie allein an das Problem, das Sie mit der Reform des Gymnasiums geschaffen haben. Jetzt muss das G 8 reformiert werden, weil an den Gymnasien ein unerträglicher Zustand herrscht. Nun haben Sie das gemerkt, deshalb wollen Sie jetzt reformieren. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass pro Gymnasium mindestens zwei Planstellen mehr notwendig sind, um die Lage dort zu verbessern. Mindestens zwei Lehrkräfte, das sind 400 Stellen allein für die Gymnasien. Sie aber wollen gerade einmal 100 Stellen für alle Schulen schaffen. Das ist ein lächerlicher Beitrag zum Megathema „Bildung“. Das ist der miserabile Beitrag, den Sie im Jahr 2007 leisten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Görlitz. – Mon Dieu, Madame!

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Auch die Kommunen profitieren von den Steuermehreinnahmen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Aber sie merken nichts davon! – Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Sie werden es merken. Nach den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung vom Mai können die deutschen Kommunen für den Zeitraum 2007 bis 2011 im Verhältnis zu den früheren Prognosen mit Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 22,7 Milliarden Euro rechnen. Allein für die Jahre 2007 und 2008 sind Mehreinnahmen von 9,6 Milliarden Euro prognostiziert. Auch wenn die regionalisierten Zahlen für die bayerischen Kommunen

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Darauf sind Sie wohl stolz!)

noch errechnet werden müssen, wissen wir erfahrungsgemäß, dass die bayerischen Kommunen daran überdurchschnittlich hoch beteiligt sein werden. Diese erfreuliche Einnahmenentwicklung gibt den Kommunen den nötigen Spielraum, um die notwendigen Investitionen mit Nachdruck voranzutreiben. Um die Investitionen von Staat, Kommunen und freien Trägern bereits jetzt, im laufenden Haushaltsjahr, weiter zu stärken, hat die Bayerische Staatsregierung im Haushaltsvollzug über entsprechende Freistellungen von der Haushaltssperre zusätzliche Mittel im Umfang von 100 Millionen Euro verfügbar gemacht. Hierdurch werden innerhalb der staatlichen Zuständigkeit nicht nur der Staatsstraßenbau gefördert, Herr Kollege Mütze. Zwar sind für diesen Bereich

18 Millionen Euro vorgesehen, aber es werden auch für den Wasserbau zusätzlich 9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für andere staatliche Baumaßnahmen werden es 21 Millionen Euro mehr sein, die in diesem Zeitraum zur Verfügung stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Hinblick auf die Investitionen von Kommunen und freien Trägern können über die Sperrefreigabe zusätzliche Mittel in folgenden Bereichen erschlossen werden: Schulen, Kindertagesstättenbau, Einrichtungen der Gemeinden. Hierfür werden 23 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Auch für den Bau privater Förder- und Volksschulen werden 9 Millionen Euro bereitgestellt. Für die Abwasserentsorgung und für die Wasserversorgung werden zusätzlich 4 Millionen Euro an die Kommunen fließen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist doch ein Tropfen auf den heißen Stein!)

Für die Dorferneuerung, für die Flurneuordnung sind ebenfalls zusätzliche Mittel im Umfang von 4 Millionen abrufbar. Für die Maßnahmen im Rahmen des Behindertenplans werden zusätzlich Mittel im Umfang von 5 Millionen zur Verfügung stehen. Auch für den Sportstättenbau wird eine Million zusätzlich bereitstehen.

Neben diesen Sofortmaßnahmen wird sich die CSU-Landtagsfraktion im Hinblick auf den anstehenden Nachtragshaushalt 2008 darüber hinaus für eine weitere Stärkung der kommunalen Investitionen stark machen. Dabei ist es uns ganz besonders wichtig, dass unsere Kommunen die staatlichen Fördermittel für ihre Investitionen künftig so zeitnah wie möglich erhalten. Ich halte es nicht für richtig, dass Sie uns vorwerfen, wir würden auf Kosten der Kommunen verdeckte Schulden machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, auch von Vertretern Ihrer Parteien wird immer wieder um vorzeitigen Baubeginn gebeten, obwohl man genau weiß, dass das Geld trotzdem nicht schneller zur Verfügung steht. Jedoch ist das in unser aller Sinn. Ich denke, dass man daraus nicht den Vorwurf ableiten kann, Schulden verlangen zu wollen.

Wir wollen gerade hinsichtlich der Bewilligung von Mitteln bei der Abfinanzierung von Maßnahmen, verstärkt Mittel bereitstellen. Diesen Investitionsstau werden wir im Zuge der Überlegungen zur Initiative Bayern 2020 durch gezielte Schwerpunktsetzung angehen.

Von der erfreulichen Einnahmeentwicklung profitiert nicht nur der Staatshaushalt, sondern es profitieren auch unsere Kommunen. Insoweit wird sich der Freistaat einmal mehr als verlässlicher Partner seiner Kommunen erweisen. Es beweist, dass unser Kurs richtig ist: sparen, reformieren, investieren – so hat es geheißt, und davon profitieren alle, das heißt der Freistaat Bayern und seine Kommunen, für die wir wie immer ein verlässlicher Partner sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Staatssekretär Meyer.

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Finanzdaten, die einmal mehr zeigen, dass wir in Bayern für eine solide, seriöse und vor allem nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik stehen. Dies zeigt vor allem die geringste Pro-Kopf-Verschuldung, die niedrigste Zinsquote und vor allem die höchste Investitionsquote.

(Beifall bei der CSU)

Das sind Fakten, die Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, einmal zur Kenntnis nehmen sollten. Wenn wir Ihre Vorschläge der letzten Jahre alle umgesetzt hätten, hätten wir heute nicht einen Haushalt ohne einen Cent Neuverschuldung.

(Beifall bei der CSU)

Auf der Grundlage der aktuellen Mai-Schätzung können wir gegenüber den im Doppelhaushalt 2007/2008 veranschlagten Steuereinnahmen für 2007 eine Verbesserung von bis zu 1,34 Milliarden Euro und für 2008 eine Verbesserung von bis zu 1,98 Milliarden Euro erwarten. Diese Entwicklung ist sehr erfreulich. Trotzdem dürfen wir bei aller Freude nicht übersehen, dass dies nur Prognosen sind. Ob diese genauso eintreffen, werden wir erst im Nachhinein feststellen können. Deshalb warne ich davor, diese Gelder sofort alle zu verplanen. In den letzten Jahren haben wir gesehen, dass die Steuereinnahmen sehr stark schwanken können. Dagegen müssen wir uns wappnen.

Wir dürfen auch nicht übersehen, dass es sich um konjunkturell bedingte zusätzliche Steuereinnahmen handelt. Gerade im Aufschwung ist es wichtig, weiterhin Haushaltsdisziplin zu wahren.

Beim Umgang mit den Ergebnissen der Steuerschätzung wollen wir uns daher von folgenden Eckpunkten leiten lassen:

Erstens. Die Steuermehreinnahmen ermöglichen es, für unser Zukunftsprogramm Bayern 2020 ab dem Jahre 2008 eine Finanzierung in einer Größenordnung von insgesamt etwa 1,5 Milliarden Euro vorzusehen.

Zweitens. Wir können dabei das Programm ohne Privatisierungsmittel darstellen und schonen diese als Sicherungspolster für die Zukunft. Das ist ein entscheidender Punkt.

Drittens. Jetzt ist die Zeit für Schuldentrückzahlungen. Der Haushalt ohne neue Schulden war der entscheidende erste Schritt. Mit dem Schuldenabbau setzen wir unsere solide Finanzpolitik konsequent vor. Jetzt müssen wir Schulden zurückzahlen. Wann denn sonst? Diese Chance müssen wir nutzen. Gerade eine nachhaltige Finanzpolitik bedeutet, Schulden zu tilgen und vor allem zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist und bleibt der entscheidende bayerische Erfolgskurs. Diesen Weg werden wir auch fortführen. Wir setzen damit den Dreiklang von Sparen, Reformieren und Investieren konsequent um.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – ich sehe, dass die Sprecher nicht mehr da sind; Herrn Kollegen Mütze sehe ich noch in der letzten Reihe sitzen –: Nennen Sie mir ein Land, das schon heute weniger Schulden hat oder mehr investiert. Ein solches Land werden Sie nicht nennen können. Die erwarteten Steuermehreinnahmen werden uns in die Lage versetzen, unsere finanzpolitische Spitzenstellung weiter auszubauen.

Genau aus diesem Grund hat die Staatsregierung am 15. Mai Folgendes beschlossen:

Erstens. Wir tilgen Schulden. Von den im Haushaltsvollzug erwarteten Mehreinnahmen soll ein dreistelliger Millionenbetrag zur Tilgung von Schulden verwendet werden. Das ist auch der Wille des Steuerzahlers. In einer TED-Umfrage vom letzten Dienstag haben immerhin 72 % aller Anrufer die Frage „Wohin mit den zusätzlichen Steuermilliarden?“ mit „Schulden tilgen“ beantwortet. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Ich frage Sie: Wann, wenn nicht in konjunkturell guten Zeiten, wäre Ihrer Meinung nach der richtige Zeitpunkt, Schulden abzubauen? Genauso haben wir auch in den guten Jahren 1999 und 2000 gehandelt. Ich erinnere daran, dass wir damals eine Milliarde D-Mark – ich betone: eine Milliarde D-Mark – zurückgezahlt und so bis heute 160 Millionen Euro Zinsen gespart haben. Das heißt, Tilgung ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir investieren zusätzlich. Frau Kollegin Görnitz hat es bereits angesprochen: 100 Millionen Euro stellen wir durch die sofortige Freigabe haushaltsgesetzlicher Sperren für das Jahr 2007 bereit. Damit werden zusätzliche Investitionen der Kommunen und der Freien Träger sowie staatliche Baumaßnahmen angestoßen.

Drittens. Wir schonen die eingeplanten Privatisierungserlöse.

Bei der Aufstellung des Nachtragshaushalts 2008 beabsichtigt die Staatsregierung, von folgenden Eckpunkten auszugehen:

Erstens. Zunächst wollen wir die im Stammhaushalt 2008 eingeplanten Privatisierungserlöse von 471 Millionen Euro durch Steuereinnahmen ersetzen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mütze?

Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium): Er kann sich anschließend melden.

Es war immer das erklärte Ziel der Bayerischen Staatsregierung, den Einsatz von Privatisierungsmitteln zum Haushaltsabgleich so gering wie möglich zu halten. Dank der höheren Steuereinnahmen werden wir nach 2007 auch für 2008 erreichen, dass die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen gedeckt sind.

Zweitens. Ungefähr eine Viertelmilliarde Euro werden nach derzeitigem Stand über die Steuerverbünde auf die Kommunen entfallen.

Drittens. Mit dem Nachtragshaushalt wollen wir ein Zukunftsprogramm Bayern 2020 auf den Weg bringen. Das Gutachten „Zukunft Bayern 2020“ ist Grundlage für ein Gesamtkonzept, mit dem Bayern bis 2020 seine Spitzenposition behalten und weiter ausbauen kann. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten die dortigen Empfehlungen politisch abwägen und gewichten. Unser Ziel ist es, zusätzliche Investitionen in wichtigen politischen Zukunftsfeldern auf den Weg zu bringen.

Eines steht aber bereits jetzt fest: Finanziert werden soll dies ohne neue Schulden. Es wird ohne neue Schulden finanziert. Das möchte ich heute betonen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden unsere nachhaltige Finanzpolitik für Bayern im Interesse unseres Landes und insbesondere im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger fortführen. Ich darf das Hohe Haus um Unterstützung für den Kurs der Staatsregierung bitten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Herrmann.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Gibt es jetzt etwas Neues, Herr Herrmann? Bitte, bitte!)

Joachim Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur ein paar ganz kurze Anmerkungen nach dieser wirklich eindrucksvollen Debatte machen. Zeitweilig hatte man den Eindruck, die Opposition wollte alle Vorhaben der CSU-Fraktion und der Staatsregierung nur noch loben.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Karin Radermacher (SPD))

Es ist in der Tat zu allem, was wir in den letzten zwei Wochen angekündigt haben, wo wir jetzt Geld investieren wollen, von Ihnen allseits nur gesagt worden: Jawohl, das hätten Sie schon immer gesagt, und dergleichen mehr.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Man sollte dabei allerdings ehrlicherweise nicht in Vergessenheit geraten lassen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wo wir heute finanzpolitisch stehen. Was Staats-

sekretär Franz Meyer gerade noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht hat, haben wir in den letzten Jahren gegen Ihren erbitterten Widerstand erkämpft.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was denn?)

Wenn wir in den letzten Jahren das gemacht hätten, was Sie alles gefordert haben, stünden wir heute nicht da, wo wir jetzt stehen.

(Beifall bei der CSU)

Das sollte man nicht in Vergessenheit geraten lassen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben in Bayern mit unserer Politik, keine neuen Schulden mehr zu machen, Maßstäbe gesetzt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das waren nicht nur Maßstäbe für unser Land, meine Damen und Herren, sondern auch Maßstäbe für ganz Deutschland.

(Helmut Brunner (CSU): Sehr richtig!)

Ich kann mich noch an die Zeiten von vor drei, vier Jahren erinnern. Da haben Sie hier in diesem Hohen Haus die Politik von Berlin verteidigt, die nur noch darauf konzentriert war, Blaue Briefe aus Brüssel wegen der katastrophalen Verschuldungspolitik abzuwenden. Wir dagegen haben Maßstäbe für eine andere Politik gesetzt. Jetzt ist Gott sei Dank in Berlin eine Kehrtwende herbeigeführt worden, und in nahezu allen Bundesländern überlegt man nun, wie man die Neuverschuldung schrittweise zurückführen kann; denn es hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass diese Verschuldungspolitik unverantwortlich gegenüber den nachfolgenden Generationen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich bleibe dabei: Wir haben Maßstäbe in Bayern gesetzt.

Ich sage allerdings auch klar: Wenn wir jetzt darangehen, wie es Staatssekretär Meyer gerade angesprochen hat, alte Schulden schrittweise zurückzahlen, begrüßen wir das. Wir sparen dann auch Zinsen. Aber gleichzeitig möchte ich sagen: Wir zahlen bayerische Schulden zurück, meine Damen und Herren. Ich halte überhaupt nichts von den Vorschlägen, wie sie andernorts gemacht werden – egal ob von SPD-regierten Ländern oder von Ministerpräsident Oettinger in Baden-Württemberg – daranzugehen, andere Länder zu entschulden. Wir zahlen bayerische Schulden zurück und streben einen noch solideren Haushalt in Bayern an. Ich sehe überhaupt nicht ein, dass mit bayerischen Steuergeldern Schulden von Berlin oder Bremen zurückgezahlt werden sollen.

(Beifall und Bravo-Rufe von der CSU)

Das wird es mit uns nicht geben. Wir werden in der Tat da, wo Wartelisten entstanden sind, mit unserer Arbeit ansetzen, seien es die privaten Förderschulen oder die Abwasserförderung und dergleichen. Wir werden solche Listen jetzt verstärkt abfinanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Aber ich stehe auch dazu: In Zeiten, in denen weniger Geld vorhanden war, mussten wir auch da etwas kürzer treten. Daraus haben wir nie ein Hehl gemacht.

Ja, wir haben ein Konzept auf den Weg gebracht, um über große Klassen abzubauen. Aber, Herr Kollege Pfaffmann, es war nun wirklich unter Ihrem Niveau, einzelne Punkte, die Kollege Waschler vorhin vorgetragen hat, herauszugreifen und zu sagen, das sei das Einzige, was wir daraus jetzt finanzieren wollten. Das ist geradezu absurd.

(Beifall bei der CSU)

So primitiv wollen Sie doch sicherlich nicht sein.

In dem großen Zukunftsprogramm „Bayern 2020“ wird gerade der Ausbau unserer Hochschulen immense Summen beanspruchen. Wir werden dafür mindestens dreistellige Hundertmillionenbeträge zur Verfügung stellen. Wir bauen mindestens 38 000 bis 40 000 zusätzliche Studienplätze aus. Dazu bedarf es nicht nur neuer Hochschulhörsäle, sondern wir brauchen auch neue Professoren, neue Assistenten und Dozenten.

Für all das werden wir mit diesem Nachtragshaushalt neue Gelder zur Verfügung stellen. Da werden unübersehbar Bildung und Ausbildung der jungen Generation einen ganz großen Schwerpunkt bilden, und man wird sehen: Jawohl, mit dem, was hier durch Steuermehreinnahmen möglich gemacht wird, wird die Investitionsquote ebenso steigen, wie die Ausgaben für Bildung und Ausbildung steigen werden. Dann werden wir wiederum so gut dastehen wie kein anderes deutsches Bundesland. Wir können uns dann auch auf Ihre Zustimmung zu diesem Nachtragshaushalt im nächsten Jahr freuen, auch wenn Sie dann wahrscheinlich wieder sagen werden, Sie hätten sich noch etwas mehr gewünscht. Aber die Leute wissen: Verlassen wir uns auf die CSU; denn mit deren Politik wird die Zukunft erfolgreich gestaltet.

Wir freuen uns zwar auf die Auseinandersetzung mit Ihnen, aber ich glaube, dass Sie keine Alternative zu bieten haben. Deshalb bin ich sicher, die Investitionsquote des Freistaats Bayern wird schon in den nächsten Jahren höher sein als der Wähleranteil der SPD in Bayern, und das kommt nicht von ungefähr.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren

Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

– Frau Kollegin, ganz ruhig bleiben.

(Karin Radermacher (SPD): Nein, das muss ich schon sagen dürfen!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

Die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe sind in der Anlage 1 zur Tagesordnung aufgeführt. Die Liste enthält zu jedem Gesetzesvorhaben auch einen Zuweisungsvorschlag hinsichtlich des als federführend angesehenen Ausschusses. Gibt es dazu Änderungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung der in der Anlage 1 der Tagesordnung enthaltenen Gesetzentwürfe an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist doch sehr spärlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte noch einmal um das Handzeichen. – Eindeutig jede Fraktion. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

(Liste siehe Anlage 1)

Die Gesetzentwürfe werden dann diesen Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes (Drs. 15/8211) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Herr Minister Huber, bitte sehr.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bayerische Landtag hat gewünscht, dass ich diese Gesetzentwürfe kurz begründe. Sie sind relativ einfach und haben ein klares Ziel, nämlich Entbürokratisierung und Deregulierung.

Im Moment erfolgt die Ernennung von öffentlich bestellten Sachverständigen durch drei verschiedene Bestellkörperschaften. Wir werden dies in der Zukunft vereinfachen und bei den Kammern konzentrieren. Damit werden die Regierungen entlastet, die bisher etwa 10 % dieser Bestellungen vorgenommen haben. Das führt zur

Transparenz und zu Spareffekten und ist insgesamt wirtschaftsnäher. Eine gute Bestellung ist auch in Zukunft gewährleistet.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, einen Augenblick. Die Anlage überträgt im Augenblick nicht das Wort des Ministers. Ich bitte, das sicherzustellen.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Es wäre schade um jedes Wort!

(Allgemeine Heiterkeit und Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich habe mich schon sehr gewundert, Herr Minister. So leise sind Sie sonst nicht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, ich möchte kurz wiederholen: Der Bayerische Landtag hat gebeten, dass ich diese Gesetzentwürfe kurz begründe. Es geht darum, das Sachverständigen-gesetz aufzuheben. Im Moment werden die öffentlich bestellten Sachverständigen durch drei verschiedene Bestellkörperschaften ernannt, nämlich durch die IHKs, die Handwerkskammern und die Regierungen. Wir nehmen diese Aufgabe von den Regierungen weg. Im Sinne von Privatisierung übertragen wir sie auf die Kammern. Damit wird eine gute Bestellung auch in der Zukunft gewährleistet. Es kommt zu mehr Transparenz, weil damit klare Zuständigkeitsregelungen gegeben werden. Die Regierungen werden darüber hinaus entlastet.

Als Folge davon ist eine Anpassung des Ausführungsgesetzes zum IHK-Gesetz notwendig. Außerdem nehmen wir das zum Anlass, die Vorschriften über die Buchführung der Industrie- und Handelskammern zu modernisieren.

Insgesamt ist es ein richtungweisender, bahnbrechender und guter Entwurf. Deswegen bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was könnte es auch anderes sein? Völlig unvorstellbar!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Kronawitter.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, wenn Sie auch ein bisschen spotten und meinen, das Parlament sollte sich bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs damit noch gar nicht befassen. In der Tat, wir haben die Aussprache bei der Einbringung eingefordert, weil wir meinen, jeder Gesetzentwurf, der den Landtag erreicht, muss es wert sein, bei der Ersten Lesung bereits

behandelt zu werden. Wir glauben, dass damit Öffentlichkeit hergestellt und Aufmerksamkeit erzeugt wird.

(Thomas Kreuzer (CSU): Dann hätten Sie der Geschäftsordnungsänderung nicht zustimmen dürfen!)

– Ich weiß, dass die Geschäftsordnung andere Möglichkeiten vorsieht. Ich habe aber dennoch die Absicht, es immer wieder zu tun, weil ich glaube, ein Parlament soll sich vor allem mit Gesetzesanträgen intensiv befassen, und die Erste Lesung ist eine solch intensive Befassung.

Interessanterweise wurde uns der Gesetzentwurf bereits vor drei, vier Wochen angekündigt, aber erst vor vier Tagen haben wir ihn tatsächlich ausgedruckt erhalten. Ich weiß nicht, was die Staatsregierung noch aufgehalten hat. Jetzt liegt er vor, und eine erste Einschätzung unsererseits besagt in der Tat:

(Eberhard Rotter (CSU): Sehr vernünftig!)

Es macht Sinn, die bisher drei möglichen Bestellinstitutionen zu verringern. Bisher hatten wir drei Bestellinstitutionen, künftig haben wir zwei, nämlich die Industrie- und Handelskammer und weiterhin die Handwerkskammer. Ich habe mit dem Verband der öffentlich bestellten Sachverständigen darüber gesprochen und dort erfahren, dass man sich sehr gut eine Bestellkammer vorstellen könne, weil das der Transparenz und aus Sicht der Kunden – und das sind ja die Kunden der Sachverständigen – dienlich wäre.

Herr Minister, Sie benutzen sonst so gern den Begriff „One-Stop-Agency“. In diesem Fall haben Sie eine Two-Stop-Agency geschaffen. Wir werden sehen, wie sich das künftig bewährt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Braucht's alles nicht!)

Ansonsten haben wir im Ausschuss noch die Möglichkeit nachzufragen, warum diese Parallelität trotzdem bestehen bleibt. Es hilft den Verbrauchern – das ist der eigentliche Grund, warum das vom Verband der Sachverständigen gewünscht worden wäre –, klar einschätzen zu können: Wer bestellt die Sachverständigen? Von wem werden sie bestellt? Wer führt die jeweiligen Listen? Es ist ja hinlänglich bekannt, dass es mittlerweile eine Art Wildwuchs bei den Sachverständigen gibt mit der Konsequenz, dass sich viele als Sachverständige darstellen, es aber bei genauerem Hinsehen nicht sind. Es ist schon vernünftig, den bestellten und damit auch vereidigten Sachverständigen zu behalten und ihn auch entsprechend herauszustellen.

Es ist auch richtig, dass ansatzweise das EU-Vorhaben aufgegriffen wird, die Qualität von Sachverständigen zu sichern. Wir wissen freilich: Qualitätssicherung geht noch viel weiter als nur bis zur Bestellung. Allerdings – das möchte ich schon bei der Ersten Lesung anmerken – besteht der Nachteil in den Kosten. In der Begründung des Entwurfs wurde dargestellt: Bisher kostete die Bestellung maximal 300 Euro bei der Bezirksregierung, künftig

werden es maximal 1300 Euro sein, das ist mehr als eine Vervierfachung. Das heißt, dass der Preis für die Übertragung der hoheitlichen Aufgabe auf die IHKs tatsächlich bei den Sachverständigen zu Buche schlägt. Es muss schon angemerkt werden, dass dieser Preis auch bezahlt werden muss.

Alles in allem ist es richtig, diesen Weg zu gehen. Aber die Anmerkungen mussten schon sein hinsichtlich des Preises und der Parallelität und Nichtzusammenfassung auf eine Bestellkammer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Staatsminister Huber diesen spannenden Gesetzentwurf schon begründet hat

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Spannend?)

und Frau Kollegin Dr. Kronawitter das Recht der Opposition zum Ausdruck gebracht hat, in Erster Lesung zu jedem Gesetzentwurf zu sprechen, obwohl die Geschäftsordnung eigentlich einen anderen Regelfall vorsieht,

(Karin Radermacher (SPD): Das ist ein eigenartiges Verständnis des Parlaments!)

wird Ihnen das natürlich zugestanden. Aber Sie mussten insgesamt auch einräumen: Es ist eine ganz vernünftige Sache. Aber es geht halt darum, mit Mühe noch irgendwelche Haare in der Suppe zu finden.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Wieso denn?)

Da ist Ihnen zum einen eingefallen, wenn die Regierungen künftig schon nicht mehr zuständig sein sollen, dann schaffen wir nur noch eine aus den beiden Wirtschaftskammern. So waren Ihre Ausführungen auf jeden Fall zu verstehen. Sie haben sich auch auf den Verband der Sachverständigen berufen.

Ich meine, es ist richtig und sinnvoll, dass die Regierungen dafür nicht mehr zuständig sind,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann hat die CSU ihre Ruh!)

dass das bayerische Sachverständigengesetz aus dem Jahr 1950, das ohnehin veraltet ist, abgeschafft wird. Ohnehin sind nur etwa 10 % der Sachverständigen über diesen Weg nach dem Sachverständigengesetz bestellt worden, sodass es mit Sicherheit kein Problem ist, wenn diese sich künftig von den Industrie- und Handelskammern bestellen lassen.

Dass damit höhere Kosten verbunden sein werden, liegt daran, dass die Regierungen bzw. der Staat bislang keine kostendeckenden Tarife dafür verlangt hat. Wir haben das

praktisch mit dem Geld des Steuerzahlers subventioniert, was natürlich nicht unbedingt sinnvoll ist.

Zudem wollen wir das Gesetz über die Industrie- und Handelskammern von überholten Bestimmungen entlasten. Es soll zugleich mit diesem Gesetzentwurf an die Einführung der kaufmännischen Buchführung in Industrie- und Handelskammern angepasst werden, die ab 2007 flächendeckend bei allen Industrie- und Handelskammern bereits rechtsaufsichtlich genehmigt worden ist.

Schließlich geht es darum, dass die aufgrund des IHK-Gesetzes bestehende Möglichkeit der Übertragung von zusätzlichen Aufgaben auf unsere Industrie- und Handelskammern entsprechend präzisiert wird.

Ich gehe davon aus, dass angesichts dieser guten Argumente dieser spannende Gesetzentwurf allseits Zustimmung finden wird. Jedenfalls werden wir ihn zügig beraten und dann auch beschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die Aussprache ist damit geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Bestellung eines Mitglieds der Datenschutzkommission

Mit Schreiben vom 24. April 2007 haben die kommunalen Spitzenverbände in Bayern mitgeteilt, dass ihr bisheriges Mitglied in der Datenschutzkommission, Herr Wolfgang Kellner, zum 1. Juni 2007 aus dem Dienst der AKDB – Anstalt für kommunale Datenverarbeitung – ausscheidet und erklärt habe, gleichzeitig sein Amt als Mitglied der Datenschutzkommission niederlegen zu wollen.

Als seinen Nachfolger schlagen die kommunalen Spitzenverbände Herrn Rudolf Schleyer, Mitglied des Vorstands der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, vor.

Die Bestellung durch den Landtag erfolgt gemäß Artikel 33 Absatz 2 des Datenschutzgesetzes für fünf Jahre.

Gibt es dazu irgendwelche Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Bestellung des Herrn Schleyer zum Mitglied der Datenschutzkommission einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 6, Eingabe betreffend Auswirkungen nach Veränderung der Betriebstechnik von Mobilfunksendeanlagen, wird im Einvernehmen aller Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abg. Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD), Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Erweiterung des Untersuchungsauftrags Drs. 15/5574 und Drs. 15/7436 des Untersuchungsausschusses (Drs. 15/7934)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Müller. Bitte schön.

Herbert Müller (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn des Untersuchungsausschusses „Wildfleisch und Verbraucherschutz“ habe ich einem prominenten CSU-Mitglied des Untersuchungsausschusses die Frage gestellt, was wir denn eigentlich machen, wenn ein erneuter Skandal auf uns zukommt. Das prominente CSU-Mitglied dieses Ausschusses hat mir darauf geantwortet: „So blöd wird doch nach all den Skandalen keiner sein und nicht endlich seine Sache in Ordnung bringen.“ Wissen Sie, was meine Erfahrung ist? – Die Fleischhändler, die hier mit krimineller Energie eine Sache vorangetrieben haben, waren nicht blöd, sondern waren sich offensichtlich sicher, dass sie nicht erwischt werden. Das ist das Problem, um das es im Grunde genommen ging.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte kurz auf die Arbeit im bestehenden Untersuchungsausschuss zu sprechen kommen. Wir haben in diesem Untersuchungsausschuss bei der Behandlung der Firma Deggendorfer Frost dreimal Fragen zu diesem Unternehmen gestellt – deren Mutter ist nämlich die Firma Kollmer in Illertissen –, weil wir wissen wollten, wie das Verhältnis des Mutter- und Tochterbetriebs untereinander war, da das Tochterunternehmen, die Deggendorfer Frost, so liederlich ist. Damals hat der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses diese Fragen – ich glaube, zu Recht – mit dem Hinweis darauf unterbunden, die Firma Kollmer sei nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrages. Wir haben uns eine Prüfung vorbehalten, weil wir gesagt haben, eigentlich wäre es schon wichtig, auch zu erfahren, wie denn die Mutter insgesamt beieinander

war, um über die Abstammung der Tochter etwas zu erfahren.

Wir sind vor drei Monaten mit dem Umstand konfrontiert worden, dass die Firma Kollmer im Zusammenhang mit dem Ekelfleischskandal deutlich in kriminelle Mischenschaften verwickelt ist. Damit wir uns recht verstehen: Hier geht es nicht darum, in Bayern eine Schnitzeljagd nach vermeintlich kriminellen Betrieben zu machen, sondern darum, ob der in Bayern vorgesehene Verbraucherschutz auch durchgeführt werden kann. Um diese Frage geht es – um nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben der CSU vorgeschlagen, aufgrund der neuen Vorkommnisse bei der Mutterfirma Kollmer, die durch Skandale bekannt geworden ist, den Untersuchungsausschuss – passen Sie bitte auf, der erste hatte über 180, der zweite etwa 30 Fragen – um ganze sieben Fragen zu erweitern, um zu erfahren, wie Behörden zum Beispiel in Schwaben und Bayern gearbeitet haben. Diese sieben Fragen – ganze sieben Fragen! – wollten wir als Ergänzung zum Untersuchungsausschuss beantwortet wissen. Im Übrigen haben wir auch deutlich signalisiert, dass damit nichts verlängert werden soll, sondern Notwendiges diskutiert werden muss, und dass wir uns in jedem Fall – auch in Bezug auf die Zeugen – auf das Wesentliche konzentrieren werden. Das war der Punkt.

Offensichtlich wird die CSU unseren Vorschlag ablehnen. Deshalb wird es einen neuen Untersuchungsausschuss geben, den Sie zu vertreten haben, weil wir uns Nachfragen zur Firma Kollmer von Ihnen nicht verbieten lassen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen nun zur Firma Kollmer sagen: Zu der Zeit, als der Skandal bei der Firma Kollmer aufkam, stand in der Zeitung folgender Artikel, in dem der Vertreter der Regierung von Schwaben zur Frage, ob ein neuer Träger weitermache, betonte: „Ausgeschlossen ist dabei, dass die Firma Kollmer damit zu tun hat.“ Der Regierungssprecher sagte weiter, eine Strohfirma als Nachfolgerin der geschlossenen Firma Kollmer – der Betrieb muss ja weitergeführt werden – werde es nicht geben. Ich erzähle Ihnen nun, was tatsächlich passiert ist: Wenige Tage später war in der „Illertisser Zeitung“ folgende Anmerkung zu lesen:

Derzeit prüft die Regierung noch, ob der Interessent noch eine weiße Weste hat und nicht in irgendeiner Form von dem bisherigen Betreiber abhängig ist. Sollte das der Fall sein, kann das Großkühlhaus unter neuer Leitung weitergeführt werden. Eine Entscheidung werde wohl noch im Laufe des Monats April fallen.

Welche Entscheidung ist dann gefallen? Mit der Entscheidung der Regierung, nämlich für die Firma Kollmer einen neuen Träger einzusetzen, und mit der Ankündigung, dass es weder eine Strohfirma noch eine Firma gebe, die mit dieser schlampigen Firma Kollmer etwas zu

tun habe, wurde bekannt, dass die Firma, die nun in das Illertissener Kühlhaus einziehen will, in gewisser Weise zur Vorgängerfirma in Beziehung steht. Sie hat, wie angenommen, ihren Firmensitz in Frankfurt. Gesellschafter der Rottal Frost GmbH ist Gerhard Kollmer, nämlich der Besitzer des Betriebes, den wir geschlossen haben.

Ich muss sagen: Wer hier eine Ausweitung des Untersuchungsausschusses verhindern will, der will weder Zeit sparen noch nötige Aufwendungen eindämmen und Bürokratie verhindern, sondern der möchte etwas vertuschen, und das werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege – –

(Zuruf von der CSU: Zeit!)

Herbert Müller (SPD): Ich habe noch 40 Sekunden.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nein, Herr Kollege, Sie haben die 40 Sekunden schon überschritten.

Herbert Müller (SPD): Wenn ich die Zeit schon überschritten habe, kann ich natürlich nicht weiterreden. Ansonsten hätte ich gesagt: Einer der wenigen in Bayern funktionierenden Kontrollmechanismen waren zum Beispiel ein verschmähter Liebhaber, ein Metzgerbub, der eine Watschen bekommen hat, anonyme Anzeigen, und untere Dienstgrade vom Zoll. Das kann es doch nicht sein, für das wir in diesem Hause in Bayern stehen. Deshalb brauchen wir die geforderte Erweiterung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Jetzt ist wieder frisches Schwäbisch zu hören. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sprinkart.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Um hier Missverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht in Schwäbisch, sondern wenn, dann in Allgäuerisch weiter. Das ist ein feiner Unterschied, den ich herausarbeiten muss.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Gründe für die Erweiterung des Untersuchungsauftrages über die Vorgänge bei der Firma Kollmer nennen: Seit Oktober 2005 werden alle Maßnahmen mit dem Amtsleiter, mit der Regierung von Schwaben und mit dem Verbraucherschutzministerium abgesprochen. Das ist der erste Fall, der zumindest mir bekannt ist, der seit geraumer Zeit nicht ohne Nachfrage beim Verbraucherschutzministerium entschieden wird.

Laut zuständigem Veterinär hat den Betrieb Kollmer nach dem 12.10.2005 nur Fleisch verlassen, das unter Aufsicht des Amtstierarztes lastwagenweise kontrolliert wurde. Duplizität der Ereignisse: Nach dem Entzug der

Zulassung erklärte Regierungsvizepräsident Gediga, es verlasse zurzeit kein Kilo Fleisch das Kühlhaus, das zuvor nicht kontrolliert wurde. Und siehe da, von 24 gezogenen Proben war keine Probe für den Verzehr geeignet. Wir sehen also, wenn wirklich untersucht wird, wird man fündig.

Warum, frage ich Sie, konnte Kollmer seine Lumpereien eineinhalb Jahre lang unter besonderer Überwachung der Lebensmittelbehörde und unter Oberaufsicht des Ministeriums weiterbetreiben? Oder glaubt jemand von Ihnen, dass er damit erst im Februar 2007 angefangen hat?

Ein Sprecher der Regierung von Schwaben erklärt, Kollmer sei in den letzten zwei Jahren immer wieder kontrolliert worden, und dabei habe man immer wieder Verstöße festgestellt und beanstandet. Mehrmals habe die Spezialeinheit für Lebensmittelsicherheit ausrücken müssen. Ich frage Sie: Wie kann es dann sein, dass der Veterinär bei der Regierung von Schwaben und der zuständige Veterinär beim Landratsamt Neu-Ulm drei bzw. sieben Tage nach Entzug der Zulassung dem Untersuchungsausschuss ein Bild der Firma Kollmer zeichnen, bei dem es angesichts der Größe der Firma zu keinen nennenswerten Verstößen gekommen ist?

Dem Ganzen setzt die Krone auf – Herr Kollege Müller hat es schon gesagt –: Kaum ist das Lager geräumt, bekommt Kollmer unter anderem Namen und mit einem Strohmännchen, der bereits früher für Kollmer gearbeitet hat, eine neue Zulassung. So viel zum Inhaltlichen.

Kommen wir zum Formalen: Ein Teil der Akten zum Fall Kollmer liegt dem Untersuchungsausschuss bereits vor. Leider hat der Vorsitzende bei der Befragung der beiden Zeugen zum Thema Kollmer Fragen immer wieder unterbunden mit der Begründung, dies sei vom Untersuchungsauftrag nicht abgedeckt. Das war vor der Schließung des Betriebs Kollmer. Inzwischen werden nicht einmal mehr die Fragen zugelassen, die bei den beiden Veterinären noch möglich waren.

Ich frage mich, was das soll. Ist das reine Provokation, oder gibt es hier etwas zu verbergen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu unserem Fragenkatalog: Er enthält sieben Fragen, die den Zeitraum ab dem Jahr 2003 umfassen. Das ist, denke ich, mehr als zurückhaltend. Sie haben mit uns nicht einmal über diese Fragen verhandelt, sondern sie mit einem barschen „Njet“ vom Tisch gewischt. So einfach wird das aber nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über das Argument, auf diese Weise würde verhindert, dass die entsprechenden Schlüsse aus dem Untersuchungsausschuss gezogen werden, kann ich nur lachen. Es gab im Untersuchungsausschuss von Zeugen klare Aussagen, was besser geregelt werden müsste. Im Vorfeld gab es Vorschläge, die direkt ans Ministerium gerichtet waren. Außer Absichtserklärungen ist jedoch nichts passiert. Wir müssen also nicht auf den oder die Abschluss-

berichte warten, um Mängel zu beseitigen. Wenn wir das wollten, könnten wir es jetzt schon machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie diese Lumpen ihre krummen Geschäfte unter neuem Namen nahtlos weiterbetreiben lassen, wird auch ein noch so scharf gefasster Abschlussbericht nichts helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich gebe hiermit bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege König.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die von der Opposition gestellten Fragen beziehen sich alle auf Vorgänge bei der Firma Kollmer in Illertissen. Bei dieser Firma Kollmer handelt es sich um die Mutterfirma der Deggendorfer Frost GmbH. Im ursprünglichen Fragenkatalog ist die Firma Kollmer nur hinsichtlich ihrer Beziehungen zur Deggendorfer Frost erwähnt. Insofern – das muss hier festgestellt werden – gehen diese Fragen über den Kern des bisherigen Untersuchungsauftrags hinaus.

Herr Müller hat gesagt, dies wären nur ganze sieben Fragen, als ob das nicht viel wäre. Diese Fragen beziehen sich auf einen Zeitraum von drei Jahren. Es geht um drei Jahre Kontrolltätigkeit bei dieser Firma. Diese sieben Fragen beziehen sich außerdem nicht nur auf eine Firma, sondern auf insgesamt drei Rechtspersönlichkeiten, drei Gesellschaften. Die Fragen beziehen sich nicht nur auf Kontrollen, sondern auf Auflagenerteilungen, Verwarnungen, Bußgeldverfahren, Strafverfahren und Ähnliches aller bayerischen Behörden.

Herr Kollege Müller, deshalb sei es mir gestattet, darauf hinzuweisen, dass diese von Ihnen apostrophierten ganzen sieben Fragen einen umfangreichen Fragenkatalog darstellen, der umfangreiche Untersuchungen nach sich ziehen würde. Es ist Ihr gutes Recht, einen neuen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Wenn Sie dies tun, wird sich erweisen, dass es nicht ganz so schnell gehen wird.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege König, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Müller?

Alexander König (CSU): Nein.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Eine klare Antwort.

Alexander König (CSU): Zur Frage der Zulässigkeit der Erweiterung möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine Erweiterung eines Untersuchungsausschusses gibt. Es sei jedoch angemerkt, dass wir in der Vergangenheit bereits einer umfangreichen Erweiterung des Untersuchungsauftrags und einem

umfangreichen Fragenkatalog zugestimmt haben. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, irgendwann muss aber die Frage erlaubt sein, ob es dem Sinn und Zweck des ursprünglichen Untersuchungsauftrags gerecht wird, wenn dieser um immer neue Fragenkomplexe erweitert wird. Sie müssen sich fragen lassen, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, vorher vernünftig zu überlegen, was Sie wissen möchten. Dann hätten wir alle Fragen einbeziehen können.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir sehen keine Möglichkeit, einer erneuten Erweiterung eines Untersuchungsauftrags zuzustimmen. Wir sehen es als nicht sachdienlich bezüglich des Kerns des Untersuchungsauftrags an, diese weiteren sieben Fragen einzufügen. Kolleginnen und Kollegen, darüber hinaus werden Sie nicht bestreiten können, dass damit eine wesentliche Verzögerung der Arbeit und damit des Abschlussberichts des bestehenden Untersuchungsausschusses einhergehen würde.

An dieser Stelle würde ich gerne ein persönliches Wort an Herrn Kollegen Maget richten, der offensichtlich heute nicht hier sein kann. Herr Kollege Maget erklärte in der vorletzten Woche gegenüber dem Fernsehsender „münchen.tv“ auf eine Äußerung unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, der darauf hinwies, dass sich im Falle einer Erweiterung des Untersuchungsauftrags die Sache bis weit in den Herbst hinaus verzögern würde, sinngemäß, dass die Fraktion der CSU wohl zu faul wäre, während der Sommerpause den Untersuchungsausschuss tagen zu lassen. Das Wort „faul“ ist in diesem Zusammenhang gefallen.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, das ist die unterste Schublade des Populismus; denn ein Fraktionsvorsitzender – selbst einer kleinen Fraktion wie der SPD-Fraktion – sollte eigentlich wissen, dass es eine parlamentarische Sommerpause gibt, während der es überhaupt nicht gestattet ist, Sitzungen über Sitzungen des Untersuchungsausschusses stattfinden zu lassen. Ich würde Herrn Kollegen Maget dringend empfehlen, sich mit den Grundlagen des Parlaments auseinanderzusetzen. Dann wäre er vor einem derartigen Populismus in der Zukunft geschützt. Wir sehen keine Möglichkeit, dem zuzustimmen. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Nachdem eine namentliche Abstimmung beantragt ist und ich 15 Minuten ab der Antragstellung abwarten muss – das wären noch zehn Minuten –, fahre ich jetzt in der Tagesordnung fort. Ich erkläre gleich, dass die namentliche Abstimmung nach der gemeinsamen Beratung der nächsten Tagesordnungspunkte 8 und 9 erfolgen wird.

Ich rufe jetzt gemeinsam die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Normenkontrollklage gegen die Käfighaltung von Legehennen (Drs. 15/7225)

Antrag der Abgeordneten Henning Kaul, Dr. Marcel Huber, Helmut Brunner u. a. (CSU)
Bericht über Entwicklungen in der Haltung von Legehennen (Drs. 15/7456)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Rütting.

Barbara Rütting (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um die Normenkontrollklage gegen die Käfighaltung von Legehennen. Wir bitten den Landtag, zu beschließen, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, sich der Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz beim Bundesverfassungsgericht gegen die Haltung von Legehennen in Käfigen anzuschließen. Warum? – Ab dem Jahr 2007 sollte Deutschland als erstes EU-Land frei von Legebatterien und damit Vorreiter im Tierschutz sein. Das hatten Bund und Länder im Jahr 2001 beschlossen, unter anderem auch Bayern. Grundlage des Beschlusses war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das im Jahre 1999 festgestellt hatte, dass die Haltung von Hennen in Käfigen mit dem Tierschutzgesetz unvereinbar sei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seitdem haben vor allem CDU-regierte Bundesländer beim Schutz der Hennen zurückgerudert. Am 7. April 2006 hat eine Ländermehrheit im Bundesrat erneut beschlossen, das Käfigverbot auszuhebeln. Dabei haben die CDU-Politiker sehr euphemistisch die Wortschöpfungen der Käfighalter benutzt und von „Kleingruppenhaltung“ oder noch schlimmer von „Klein-Volieren“ gesprochen. Das Wort „Voliere“ stammt von volare, fliegen. Davon kann bei einer Henne, die auf etwas mehr als der Größe einer DIN A4-Seite sitzen darf, keine Rede sein. Die Wortschöpfung „Klein-Voliere“ ist ein Betrug am Verbraucher.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Diese neuen Käfige – die auch „Seehofer-Käfige“ genannt werden dürfen – dienen nur den wirtschaftlichen Interessen der Käfighalter und haben nichts mit dem Tierschutz zu tun. Sie sind mit einem kleinen Nest und einer Sitzstange etwas verbessert worden, aber die Hühner können sich nicht einmal um ihre eigene Achse drehen. Das ist absolut tierschutzwidrig. Wir wissen, dass inzwischen über 80 % der Bevölkerung die Käfighaltung ablehnen. Immer mehr Verbraucher sind bereit, für Eier von frei laufenden Hühnern und für Eier aus Biohaltung mehr zu bezahlen. Das haben wir mit unserer Aufklärungsaktion immerhin erreicht. Aus Holland mussten sogar Freiland-Bioeier importiert werden. Die Verbraucher wollen Bioeier und die Freilandhaltung der Hühner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz bereitet nun eine Normenkontrollklage gegen die seit August 2006 gültigen Vorschriften zur Legehennenhaltung vor. Das ist die letzte Möglichkeit, eine Verordnung, die mit dem Staatsziel „Tierschutz“ in Einklang steht, durchzusetzen.

Im Gegensatz zu den Vertretern des Umweltministeriums, die meinen, wir hätten keine Aussicht auf Erfolg, sind wir durchaus der Meinung, dass wir Erfolg haben werden. Wie ich vorhin gehört habe, will sich auch Bremen der Normenkontrollklage anschließen.

Nach Auffassung des Bundesverbandes Menschen für Tierrechte verstößt die Hennenhaltung in Batteriekäfigen und auch in den neuen „Seehofer-Käfigen“ dreifach gegen geltendes Recht. Erstens verbietet das Staatsziel Tierschutz einen so gravierenden Rückschritt. Zweitens fordert § 2 des Tierschutzgesetzes eine art- und verhaltensgerechte Haltung der Hühner. Wir wissen alle, dass eine Henne scharren, picken, sandbaden, auf Stangen sitzen und ihre Eier ungestört ablegen können muss. Jedem ist wohl klar, dass sich eine Henne auf 800 cm² Bodenfläche – das ist um eine Postkarte mehr als eine DIN A-4-Seite – nicht artgerecht verhalten kann.

Wir sind mit den Juristen für Tierrechte durchaus der Meinung, dass diese Klage Erfolg haben wird. Ich möchte auf eine Vorschrift hinweisen, die das auch unterstreicht, nämlich auf Artikel 20 a des Grundgesetzes, auf das Verbot der rechtlichen Verschlechterung. Für das seit 1994 im Grundgesetz verankerte Staatsziel Umweltschutz ist in Rechtsprechung und Literatur seit Langem anerkannt, dass es ein Verbot der rechtlichen Verschlechterung umfasst. Wie Sie wissen, ist dieses Staatsziel Umweltschutz inzwischen um den Tierschutz erweitert worden.

Ich verstehe nicht, dass die CSU im Umweltausschuss jetzt beantragt hat, sich einen Bericht über die Entwicklung der Haltung von Legehennen geben zu lassen. Es ist alles geprüft worden, und es ist über alles berichtet worden. Ich weiß nicht, warum Sie jetzt noch einmal prüfen wollen. Irgendwann wird vielleicht auch noch geprüft, ob die Erde wirklich eine Kugel oder vielleicht doch eine Scheibe ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sehe wirklich keinen Grund dafür.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist jetzt wirklich großzügig abgelaufen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nur nicht drausbringen lassen! – Alexander König (CSU): Eine kleine Zugabe!)

Barbara Rütting (GRÜNE): Für die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz haben wir 12 Jahre gekämpft. Wenn es notwendig ist, kämpfen wir wieder 12 Jahre. Ich hoffe, dass Sie sich doch der Normenkontrollklage anschließen. Ich hoffe auf Ihre Erkenntnisfähigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Huber.

Dr. Marcel Huber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass wir diesen Antrag heute schon wieder behandeln. Wir haben das Thema letztes Jahr sehr ausführlich besprochen. Wir haben Ihnen unsere Argumente dargestellt. Entweder haben Sie nicht zugehört, oder Sie haben ein schlechtes Gedächtnis. Wahrscheinlich liegt es daran, dass Sie dieses Thema auf Wiedervorlage bei passender Gelegenheit gelegt haben. Jetzt haben wir diese Normenkontrollklage aus Rheinland-Pfalz. Ich erkläre es Ihnen deswegen noch einmal.

Wir wollen eine Verbesserung der Haltungsbedingungen für Legehennen, und zwar so schnell wie möglich und für so viele Tiere wie nur möglich.

(Zuruf von den GRÜNEN: Und wann ist das?)

Um dieses Ziel zu erreichen, hat Bayern 2004 im Bundesrat für das Ende der Käfighaltung im Jahr 2006 mitgestimmt. 2006 haben wir aber festgestellt, dass alternative Haltungsformen nicht so schnell entwickelt worden sind, wie wir es uns erhofft haben. Der ausgestaltete Käfig – da stimme ich Ihnen zu – hat nicht das gebracht, was er versprochen hat. Wir haben die ernüchternde und in gewisser Weise auch enttäuschende Erkenntnis gewonnen, dass wir zum 31. Dezember 2006 das Ende der Käfighaltung in Bayern nicht erreicht haben. Wir wollen nicht, dass die Käfige in Bayern abgebaut und in Tschechien oder Mazedonien im Verhältnis 1 : 1 wieder aufgebaut werden. Dort drüben werden dann vielleicht noch ein oder zwei Tiere mehr hineingesteckt, und wir müssen die Eier von dort einführen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Erlauben Sie mir bitte den Vergleich: Das ist dieselbe schlaue Logik wie bei den Kernkraftwerken: Wir sperren unsere sicheren Werke zu und kaufen den Strom aus Temelin, Tschernobyl & Co. Super!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN:
Ha, ha, ha!)

2006 haben wir nach langer und gewissenhafter Überlegung die Schlussfolgerung gezogen, dass wir die Frist für den Abbau der Käfige auf Antrag um zwei Jahre für die Betriebe verlängern, die – wohlgemerkt – nachweisen können, dass sie bereits an einem Konzept zum Umbau auf eine verbesserte und artgerechtere Tierhaltung arbeiten. Wir haben damit sowohl auf die Forschung als auch auf die Wissenschaft staatlichen Druck ausgeübt, solche Haltungsformen weiterzuentwickeln und endlich marktreif zu machen. Wir haben aber auch staatlichen Druck auf die Produzenten ausgeübt, damit sie sich um einen Umbau bemühen. Wir verfolgen damit sowohl das Ziel, den Umbau der Haltungsformen in unserer hiesigen Produktion voranzubringen, als auch das Ziel, die Produktionskapazitäten bei uns im Lande zu erhalten. Wir glauben, auf diesem Wege eher das Ziel zu erreichen,

dass für möglichst viele Tiere möglichst schnell Verbesserungen der Haltungsformen geschaffen werden.

Damit wir diese Entwicklung auch steuern und begleiten können, haben wir einen eigenen Antrag nachgeschoben, den Sie nicht verstanden haben. Dieser Antrag dient dazu, uns den Stand der Forschung bei der Entwicklung alternativer Haltungsformen darstellen zu lassen. Wir haben den Stand des Umstellungsprozesses auf alternative Haltungsformen im Visier. Wir wollen uns das darstellen lassen, und wir wollen uns die Entwicklung der Erzeugung, des Absatzes und vor allem auch des Imports für die verschiedenen Haltungsformen darstellen lassen. Ihr Beispiel Holland könnte vielleicht auch bei uns Druck aufbauen, sodass wir hier umbauen. Die Holländer sind uns in der Umstellung ihrer Produktionsart eine Nasenlänge voraus.

Meine Damen und Herren, ich darf zusammenfassen. Ihr Antrag, den Sie stellen, befreit kein einziges Huhn aus der Käfighaltung. Ihr Antrag führt dazu, dass die Käfige in Deutschland abgebaut, in osteuropäischen Ländern wieder aufgebaut und dort unter schlechteren Bedingungen bis 2012 weitergeführt werden.

(Ludwig Wörner (SPD): Haben die Holländer auch so argumentiert? – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie haben es die Schweizer gemacht?)

So lange ist die Käfighaltung in der EU noch zulässig. Aus diesem Grund wollen wir Ihren Antrag ablehnen. Wir empfehlen Ihnen die Zustimmung zu unserem Antrag, denn ich gehe davon aus, dass die Informationen, die Ihnen gegeben werden, auch für Ihre Politik von Interesse sind.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Rütting, Sie wollten eine Zwischenbemerkung machen. Das geht nur auf den Beitrag des Kollegen Huber. Sie haben sich nämlich schon für den nächsten Redner gemeldet. Eine Zwischenbemerkung ist immer nur auf den vorhergegangenen Beitrag möglich.

Barbara Rütting (GRÜNE): Herr Kollege Huber, Sie sagten wieder, die großen Eierproduzenten würden dann ins Ausland abwandern und dort ginge es den Hühnern dann noch schlechter. Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass die Verbraucher Bio-Eier wollen und auch bereit sind, dafür mehr zu zahlen. Das käme doch unseren Bauern zugute. Da wir nicht genug deutsche Bio-Eier haben, müssen wir sie aus dem Ausland importieren. Das ist doch eine Tatsache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, möchten Sie darauf eingehen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich als nächstem Redner Herrn Kollegen Müller das Wort erteilen.

Herbert Müller (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach unserer Meinung kann man beiden

Anträgen zustimmen, weil sie gar nicht so weit auseinanderliegen. Wir werden dem CSU-Antrag zustimmen, weil die darin artikulierten Überlegungen richtig sind. Es gibt aber auch keinen Grund, gegen den Antrag der GRÜNEN zu sein, weil das, was die GRÜNEN beantragen, richtig und korrekt ist. Es steht auch im Einklang mit dem, was wir gemeinsam beschlossen haben, die Hühner so schnell wie möglich aus den Käfigen herauszubringen. Das ist doch auch mit Ihrer Unterstützung voriges Jahr so beschlossen worden.

(Beifall bei der SPD)

Also wären wir doch gut beraten, wenn wir beides zusammentäten.

Zum Tierschutz muss ich hier eigentlich gar nichts sagen. Bisher ist das alles übereinstimmend so gesehen worden; wir wollen alle das Gleiche. Ich unterstelle Ihnen doch auch nicht, dass Sie die Hühner im Käfig haben wollen. Deshalb verstehe ich nicht, warum man hier nicht gemeinsam aktiv werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Mit einer Zustimmung zu beiden Anträgen würden wir der Sache und auch der Kreatur gerecht.

Ich möchte nicht, dass wir als Einzige zwar bei uns in Deutschland eine sinnvolle Regelung durchsetzen, aber dann aus dem Ausland beliefert werden. Wir alle in diesem Hohen Haus müssen ein zweites Argument berücksichtigen: Es gibt erfreuliche Entwicklungen auf dem Markt. Der Markt reagiert inzwischen auf die Missstände im positiven Sinne.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Vor eineinhalb Jahren durfte ich an einer Fahrt zu Eierproduzenten teilnehmen. Dabei habe ich eine hochinteressante Beobachtung gemacht; ich weiß nicht, ob es den anderen auch so gegangen ist. Wir waren in einem großen Biofreilandbetrieb im Landkreis des Kollegen, der gerade gesprochen hat.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Hühner durften dort nicht einmal gentechnisch verändertes Futter aufnehmen, was nach dem Gesetz sogar möglich wäre. Dort werden also die besten Eier produziert, die es in Bayern gibt. Wir haben dort erfahren: Diese Eier gehen zu McDonald's. – Das sind doch positive Zeichen. McDonald's wirbt nicht einmal damit. Ich tue das heute ausgesprochen gerne, weil man daran sieht, dass der Markt allmählich auf die Missstände reagiert. Der Verbraucher will dieses Zeug gar nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Übrigen darf ich noch – vielleicht nicht ganz so ernsthaft – hinzufügen, dass ich ein zweites eigenartiges Er-

lebnis auf dieser riesigen Eierlegeanstalt hatte. Ich glaube, dort waren zweimal 20 000 Hühner.

(Dr. Marcel Huber (CSU): Nein, zweimal 90 000!)

– Waren es noch mehr? – Zweimal 90 000 waren es. Es gab dort riesige Freilaufflächen. Es war schönes Wetter; dagegen kann man nichts sagen. Aber wo haben sich diese Viecher herumgetrieben? – Kein einziges dieser Tiere war draußen, obwohl die Türen offen waren. Die Hühner hockten engstens nebeneinander. Ich würde diesen Hühnern auch gerne einmal sagen können: Nützt das doch! Die Menschen wollen euch laufen sehen, ihr solltet nicht mehr so eng nebeneinander auf der Stange sitzen!

(Allgemeine Heiterkeit)

Kurzum, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir sind in dieser Frage relativ eng beieinander. Lassen Sie uns diesen Weg doch gemeinsam gehen. Wir stimmen beiden Anträgen zu.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Bitte schön, Herr Staatssekretär. – Aber jetzt spricht der Herr Staatssekretär. Kolleginnen und Kollegen, wir überlegen noch, wie wir das mit den Hühnern machen.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Frau Rütting! Zunächst einmal stelle ich fest, dass keine Klage vorliegt. Wenn wir hier formal beschließen sollen, dass wir uns einer Klage anschließen, muss man doch zunächst einmal wissen, was in dieser Klage steht. Man kann das natürlich erahnen und darüber Vermutungen anstellen, aber wir wissen es nicht. Insofern ist Ihr Antrag zumindest etwas verfrüht.

Ich denke, wir haben hier wirklich ein gemeinsames Anliegen. Die Frage ist aber, wie wir einen solchen Umstrukturierungsprozess bewältigen. Das war auch das Thema im Bundesrat. Wir haben dort gesehen, dass es technisch nicht so schnell geht. Die Betriebe sind gar nicht in der Lage, so schnell umzustellen, selbst wenn sie es wollten. Dafür muss man eine Lösung finden. Fundamentalismus nützt da nichts, wir müssen vielmehr eine Lösung finden. In dieser Situation wurde der Kompromiss gefunden; wir haben gesagt: Gut, es gibt eine Verlängerung, aber nur, wenn die Halter verbindlich erklären, dass sie die Haltung umstellen. Das haben alle getan, und eine ganze Reihe von ihnen hört ohnehin auf. Wer nicht umstellen kann oder umstellen will, hört ohnehin auf.

Es geht also darum, den Übergang auf einer gewissen Zeitschiene zu organisieren. Die Betriebe und die Wirtschaft brauchen einfach auch ein wenig Verlässlichkeit. Es geht doch nicht an, in dem einen Jahr zu sagen: Jetzt könnt ihr es so machen. Im nächsten Jahr heißt es dann wieder: Es wird wieder der alte Zustand hergestellt. Das

ist nicht sinnvoll; so kann man die Dinge nicht organisieren.

Wir sollten daher bei dem gefundenen Kompromiss bleiben, der mehr Tierschutz organisiert, als in der EU gewährleistet ist, wie es aussieht, und der verhindert, dass Betriebe abwandern oder dass wir Eier aus Bereichen beziehen, die nicht so hohe Tierschutzstandards haben, wie wir sie jetzt vorsehen. Es geht also durchaus auch um ein Wettbewerbsproblem.

Was Kollege Müller gesagt hat, ist ganz richtig: Das alles ist ein Thema des Marktes; denn wenn sich Private, Gaststätten, wer auch immer, dazu entschließen, nur noch Eier von frei laufenden Hühnern zu verwenden, ist das okay. Sobald die entsprechende Nachfrage vorhanden ist, werden solche Eier auch produziert werden. Voraussetzung ist natürlich auch, dass die Verbraucher bereit sind, den Preis zu bezahlen. Wenn sich das so entwickelt, ist das okay, aber die Produktion wird sich automatisch der Nachfrage anpassen.

(Barbara Rütting (GRÜNE): Aber die Nachfrage ist doch da; deshalb muss darauf reagiert werden!)

Ich möchte auch darauf hinweisen – das ist vom Herrn Kollegen Müller schon gesagt worden –, dass wir darauf achten müssen, was sich hier in der Forschung tut und welche Erkenntnisse es gibt. Diese Erkenntnisse müssen wir in unsere rechtlichen Regelungen einbauen. Ich denke also, dass wir hier mehr Tierschutz organisieren, dass wir aber diesen sinnvollen Übergang brauchen. Wir sollten jetzt nicht auf eine solche Klage aufspringen, sondern wir sollten das Programm, das der Bundesrat mit großer Mehrheit beschlossen hat, abwickeln. Mit dieser Umorganisation haben wir dann, glaube ich, eine ganze Menge für den Tierschutz gewonnen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung? – Bitte schön, Herr Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Staatssekretär, Sie dürfen wieder vorne zum Rednerpult gehen, damit ich mich nicht umdrehen muss. –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Es geht doch auch so, Herr Dr. Dürr. – Nach der Geschäftsordnung ist es zwar vorgesehen; da haben Sie recht. Aber wir haben das bisher nie angemahnt. Der Herr Staatssekretär wusste auch nicht, dass Sie eine Zwischenbemerkung machen wollen.

(Zurufe von der CSU: Stehen Sie doch einmal gerade! Hände aus der Hosentasche!)

– Machen Sie jetzt bitte Ihre Zwischenbemerkung; der Herr Staatssekretär steht am Rednerpult.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Dass ihr euch schon aufregt, bevor ich etwas gesagt habe, ist ein bisschen verwunderlich. –

Herr Staatssekretär, Sie haben zwei Punkte angesprochen, auf die ich kurz eingehen will. Der erste ist die Verlässlichkeit. Die Unternehmer – um bäuerliche Betriebe handelt es sich hier ja kaum – wissen seit geraumer Zeit, dass die Genehmigung der Haltungsform, die Sie jetzt verlängern wollen, ausläuft. Verlässlichkeit heißt, an dieser Linie festzuhalten. Die bäuerlichen Betriebe können sich jetzt umstellen und können sich darauf einstellen. Sie weichen vom Grundsatz der Verlässlichkeit ab.

Der zweite Punkt ist: Sie reden immer vom Markt. Der Markt soll entscheiden. Glauben Sie ernsthaft, dass sich der Markt bewegt hätte, wie er sich jetzt bewegt, wenn es nicht den Beschluss der rot-grünen Bundesregierung gegeben hätte, vorzeitig aus der Käfighaltung auszusteigen? – Wir haben jetzt eine große Nachfrage. Diese Nachfrage kann von bäuerlichen Betrieben im Unterschied zur bisherigen Regelung befriedigt werden. Das Argument, dass die Produzenten ins Ausland gehen, zieht doch nicht. Glauben Sie, dass die Betriebe schneller ins Ausland gehen, als hier umzustellen? – Das ist doch abstrus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt: Nutzen Sie diese Chance für die bäuerlichen Betriebe und geben Sie unserem Antrag recht.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, wollen Sie auf die Zwischenbemerkung antworten?

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Ja.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Die bäuerlichen Betriebe haben die Möglichkeit der Freilandhaltung.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meiner Auffassung nach ist das eine Nische, eine positive Perspektive für bäuerliche Betriebe. Ich habe auch nicht dem Markt generell das Wort geredet, sondern ich habe nur gesagt, dass es positiv ist, wenn sich der Markt und die Nachfrage so entwickeln.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich habe gesagt, das ist positiv und prima. Ich habe nicht gesagt, dass wir keine Regelungen bräuchten. Auch wir sind für Regelungen, wir haben auch eine neue Regelung getroffen und wollen die Entwicklung nicht nur dem Markt überlassen. Da haben Sie mich gründlich missverstanden, Herr Kollege.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/7225 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse nun noch abstimmen über den CSU-Antrag auf Drucksache 15/7456. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die unveränderte Annahme. Der mitberatende Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten stimmt ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass ein neuer Spiegelstrich angefügt wird. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/8016. Die CSU-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das Votum des mitberatenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten zugrunde zu legen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann stelle ich den Antrag so zur Abstimmung.

Wer dem Antrag mit der vom mitberatenden Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten vorgeschlagenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Gegenstimmen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme zurück zu Tagesordnungspunkt 7. Für diesen Tagesordnungspunkt wurde namentliche Abstimmung beantragt. Es handelt sich um den Antrag der Abgeordneten Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion SPD sowie der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betreffend Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses „Wildfleisch und Verbraucherschutz“, Drucksache 15/7934. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 17.52 bis 17.57 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist geschlossen. Die Stimmen werden wie immer außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung fortfahren können. Ich kündige an, dass für den Tagesordnungspunkt 10 ebenso namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Es hat hier jeder einen Stuhl.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stufenweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei Kfz (Drs. 15/7239)

Ich eröffne die Aussprache. Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion wurden beantragt. Herr Kollege Dr. Magerl, Sie stehen schon bereit. Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag stammt aus einem ganzen Bündel von Anträgen. Ich habe das Thema in letzter Zeit fast in jeder Plenarsitzung angesprochen. Leider wurde das Bündel, das wir auf unserer Klausur beschlossen haben, im Rahmen der Geschäftsführung auf ein halbes Dutzend Plenarsitzungen verteilt. Jeder Antrag ist aber im Kontext mit den anderen zu sehen. Der Fokus richtet sich nicht auf ein einziges Thema, sondern die anderen Anträge, die schon zur Beschlussfassung vorlagen, sind mit einzubeziehen. Die GRÜNEN sehen die Problematik also insgesamt und fokussieren sich nicht auf eine einzige Maßnahme. Das sage ich hier vorab; denn das muss gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir eine stufenweise Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes bei Kraftfahrzeugen erreichen. Sie alle kennen die Sachlage, dass sich die Automobilindustrie verpflichtet hat, den CO₂-Ausstoß deutlich zu senken und auf 120 g/km zu kommen. Diese freiwillige Selbstverpflichtung ist bedauerlicherweise – man muss das so deutlich sagen – vollständig in die Hose gegangen. Die Automobilindustrie hat – nach Firmen unterschiedlich, aber insgesamt betrachtet doch – ihre Hausaufgaben nicht ordnungsgemäß erledigt. Infolgedessen ist der CO₂-Ausstoß des Kfz-Verkehrs aus meiner Sicht nach wie vor unerträglich hoch und muss reduziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Antrag wollen wir über eine Bundesratsinitiative erreichen, dass schnellstmöglich eine Reduktion auf 120 g/km erfolgt, und zwar bezogen auf den Durchschnitt der neu zugelassenen Pkws. Wir wollen also eine Art Flottenverbrauch festschreiben. Damit wird ermöglicht, dass in einzelnen Bereichen auch Pkws mit einem größeren Ausstoß zugelassen werden. In einem zweiten Schritt wollen wir erreichen, dass eine Reduktion auf 80 g/km erfolgt. Damit man es sich leichter vorstellen kann: 120 g/km entsprechen etwa 5 Liter Verbrauch auf 100 Kilometer, 80 g/km etwa 3 Liter Verbrauch. Beides ist technisch möglich. Ich habe hier eine lange Liste von Pkws aus deutscher und europäischer Produktion vorliegen, die alle heute schon einen Ausstoß von rund 120 g/km haben. Auf der Liste stehen durchaus auch Fahrzeuge, die nicht unbedingt dem Kleinwagensektor zuzuordnen sind, sondern der Mittelklasse. Das heißt, 120 g/km sind technisch machbar, und auch die Reduktion auf 80 g/km in einigen Jahren ist aus unserer Sicht möglich und geboten.

Meine Damen und Herren, wie lang wollen wir noch warten, bis wir Ernst machen mit konkreten Anträgen und mit der konkreten Umsetzung der Forderung nach Klimaschutz?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeit drängt in einer Art und Weise, dass es schlimmer nicht sein könnte. Erst heute ist wieder in verschiedenen Zeitungen veröffentlicht, dass der CO₂-Ausstoß in den vergangenen Jahren zu niedrig eingeschätzt wurde, dass das Wachstum zu niedrig eingestuft worden ist und dass wir heute mehr CO₂-Ausstoß haben, als noch vor fünf oder sechs Jahren vorhergesagt wurde. Die Zeit ist überreif für eine solche Maßnahme. Es geht hier nicht um irgendwelche Einschränkungen und auch nicht darum, dass jemand daran gehindert werden soll, Auto zu fahren, sondern es geht darum, dass der Ausstoß des stark klimaschädlichen Kohlendioxids aus den Auspuffen eingedämmt wird.

Das fordern wir mit diesem Antrag. Ich bitte Sie deshalb ganz dringend, dem Antrag in der namentlichen Abstimmung zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von und zu Lerchenfeld. Bitte, Herr Kollege.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! In diesem Antrag der GRÜNEN wird gefordert, den CO₂-Ausstoß für die Kraftfahrzeuge stufenweise zu reduzieren, und zwar schnellstmöglich auf 120 g/km. Herr Kollege Magerl hat das richtig dargestellt: fünf Liter auf 100 km bzw. bei 80 g/km Schadstoffausstoß etwa 3,3 Liter Verbrauch auf 100 km. Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, dass das technisch nicht erreichbar ist.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Natürlich! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Also wirklich! – Simone Tolle (GRÜNE): Sie Fatalist!)

Wenn wir das über die Flotten der Hersteller rechnen und nicht einzeln auf die Größenklassen bezogen, dann ist das nicht machbar. Es ist zwar, meine Damen und Herren, durchaus wünschenswert, das konzedere ich Ihnen. Technisch gibt es hier aber noch einige Probleme. Wenn man sich überlegt, dass es heute in der EU heißt, erst im Jahr 2012 können wir etwa 120 g pro km erreichen, dann sieht man, welche unüberwindlichen Schwierigkeiten hier noch gegeben sind. Für die GRÜNEN spielt das aber keine Rolle, denn man kann Einiges fordern, was zwar wünschenswert wäre, aber nicht machbar ist. Dadurch zeichnen sich gerade die GRÜNEN aus.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Also wirklich!)

Sie haben oft von der Sache keine Ahnung, fordern daher Unrealistisches. Das sieht man zum Beispiel auch bei

Frau Künast. Sie hat die Deutschen dazu aufgefordert, lieber japanische Autos zu fahren, weil dann der Schadstoffausstoß deutlich reduziert würde.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das Klima kennt keine Grenzen!)

In Wirklichkeit weiß jeder, der sich mit der Sache beschäftigt, dass der Schadstoffausstoß der japanischen Flotten deutlich, sogar sehr deutlich, über dem der deutschen und der europäischen Flotten liegt. Infolgedessen sieht man, dass die GRÜNEN manchmal die Tatsachen nicht wahrnehmen, wenn sie sich dafür aber in den Medien in den Vordergrund spielen können.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Satz „Der Abgang von Frau Künast als Landwirtschaftsministerin war die größte Bauernbefreiung seit dem Ende der Leibeigenschaft gewesen“, bewahrheitet sich immer wieder.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Sie sich eigentlich im Klaren darüber, was Sie mit diesem Antrag fordern?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ein lautes Ja!)

Wollen Sie mit dieser Forderung tatsächlich die deutsche Automobilindustrie kaputt machen und Tausende von Arbeitsplätzen in Deutschland und vor allem in Bayern gefährden? Wir alle sind uns darüber im Klaren, dass wir zum Schutz der Umwelt etwas tun müssen. Wir alle sind uns darüber im Klaren, dass der CO₂-Ausstoß in den nächsten Jahren deutlich reduziert werden muss. Das darf aber nicht auf Kosten der industriellen Arbeitsplätze in Deutschland gehen; denn wir brauchen die Automobilindustrie in Deutschland dringend.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die müssen sich umstellen!)

Der Straßenverkehr als einer der Hauptenergieverbraucher muss deshalb selbstverständlich einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes leisten. Wir haben heute Anreizsysteme – beispielsweise in der Staffellung der Kfz-Steuer. Wir haben durch den Beimischungszwang von biogenen Kraftstoffen schon einiges zur CO₂-Reduktion beigetragen. Der verstärkte Einsatz von Bio-Ethanol und Bio-Diesel wird das Übrige tun. Die biogenen Treibstoffe der zweiten Generation – BtL – werden noch deutlichere Fortschritte mit sich bringen.

Meine Damen und Herren, eines müssen Sie sich schon fragen lassen: Wenn Sie über die CO₂-Reduktion nachdenken, warum verhindern Sie dann, dass wir den Ausstiegsbeschluss wieder zurücknehmen? Warum verhindern Sie, dass Kernkraftwerke in Deutschland länger laufen dürfen? Sie wissen doch genau, dass allein im Jahr

2020 durch das Abschalten der Kernkraftwerke 130 Millionen Tonnen CO₂ mehr als heute ausgestoßen werden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie wissen doch gar nichts!)

Seien Sie doch bitte so ehrlich und geben Sie das zu. Sagen Sie: Mit einer Verlängerung der Laufzeiten können wir den CO₂-Ausstoß am geringsten halten.

(Simone Tolle (GRÜNE): Nichts da!)

Meine Damen und Herren, mit Ihrem Geschwätz tragen Sie nur zur Verunsicherung bei.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU))

Sie gefährden die deutsche Automobilindustrie und sichere Arbeitsplätze von Tausenden hier in Deutschland. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Beyer.

(Ludwig Wörner (SPD): Das waren wieder die Ewiggestrigen!)

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bereits im Ausschuss signalisiert, dass wir diesem Antrag zustimmen werden, wie wir das bereits bei dem im Wortlaut gleichen Antrag der GRÜNEN vor zwei Jahren getan haben. Ich bin gerne bereit, die Begründung zu wiederholen. Wir haben im Jahr 2005 dem Antrag zugestimmt, weil sich bereits damals abzeichnete, was inzwischen leider eingetreten ist: dass die Automobilindustrie nämlich nicht willens war, ihre Selbstverpflichtung zu erfüllen. Ich sage das noch einmal sehr deutlich, gerade weil es uns hier um die Erhaltung der Automobilindustrie und der dortigen Arbeitsplätze gehen muss:

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die Automobilindustrie hat mit ihrer Verweigerungshaltung sich selbst, dem Klima und den Arbeitsplätzen einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das muss man ganz deutlich sagen. Demjenigen, der diese Industrie und die dortigen Arbeitsplätze erhalten will, steht es deshalb sehr gut an, wenn er deutliche Worte gegenüber der Automobilindustrie findet. So geht es nämlich nicht weiter!

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Weil dieser Antrag hierzu einen Beitrag darstellt, werden wir diesem Antrag der GRÜNEN erneut zustimmen.

Hier steht: „schnellstmöglich“. Damit haben die GRÜNEN – klugerweise – einen Begriff gebraucht, der im Sinne des technisch realisierbaren und des beschäftigungspolitisch Vertretbaren ist. Das gehört zusammen, und das ist auch kein Gegensatz, Graf von und zu Lerchenfeld, weil Mensch, Natur und Technik im Einklang stehen müssen. Dazu gehören sowohl die Arbeitsplätze der Menschen als auch die Luft, die diese atmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich danke Herrn Kollegen Magerl ausdrücklich, und insofern hat diese Debatte etwas Anstoßendes und Belebendes, dass er darauf hingewiesen hat: Dieser Antrag der GRÜNEN gehört in einen Gesamtkontext. Auch wir bemühen uns darum, wie Sie wissen. Die Verringerung der CO₂-Emissionen auf 120 g/km, die Kennzeichnung des Eigenverbrauchs bei Fahrzeugen, um Information für den Käufer zu haben – damit haben wir noch nicht genug getan, Graf von und zu Lerchenfeld. Wir müssen auch mit fiskalischen Maßnahmen weiterkommen: Wir brauchen die CO₂- und schadstofforientierte Steuer. Vielleicht werden wir auch die Abzugsfähigkeit von Kraftstoffkosten bei den Betriebsausgaben als Hebel nutzen können.

Ich füge, gerade weil Sie, Herr Kollege Magerl, zu Recht wieder auf den gesamten Kontext hingewiesen haben, hinzu: Kaprizieren wir uns nicht dauernd – so wie Sie das die letzten Male vielleicht zufällig getan haben, weil die Anträge so gestellt worden sind – nur auf das Kfz. Ich habe Ihnen das letzte Mal etwas vorgelesen, weiß auch, dass Sie das selber wissen, und muss es nicht noch einmal tun. Ich glaube, wir müssen beim Thema Güterverkehr mit einem größeren Hebel ansetzen, und wir erreichen damit auch mehr.

Lassen Sie uns der Automobilindustrie ein deutliches Zeichen geben, gerade weil wir von der SPD zukunftssichere und klimagerechte Arbeitsplätze in Deutschland und vor allem in Bayern behalten wollen und müssen. Lassen Sie uns den Kontext nicht vergessen. Wir brauchen mehr ÖPNV, als die CSU in Bayern einzusehen in der Lage ist. Wir haben heute darüber diskutiert, dass Sie mit dem Geld, das Sie zur Verfügung haben, auch Sinnvolles tun wollen. Das freut mich. Bitte tun Sie das auch beim ÖPNV und sprechen Sie mit uns darüber, wie wir mehr Geld in Verkehrswege investieren können, um mehr Güter auf die Schiene zu bekommen, und zwar substanziell und nicht nur nach Sonntagsredenmanier, das heißt so, dass man hinterher beim Modalsplit im Güterverkehr etwas merkt.

Wenn wir das alles tun, dann kommen wir in diesem Bereich voran. Klimaschutz ist ein großes Thema, auch in der Verkehrspolitik. Es muss ein noch größeres Thema werden. Wir setzen mit diesem Antrag und der Zustimmung zu diesem Antrag ein deutliches Zeichen an die Automobilindustrie. Wir laden Sie herzlich ein, mit uns um solche Lösungen zu ringen. Das muss nicht Askese im eigentlichen Sinne sein, aber es muss eine vernünftige

Lösung sein, um zu einer deutlichen Reduzierung des Schadstoffausstoßes zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat noch einmal Herr Kollege Magerl gebeten. Sie haben noch 1 Minute und 26 Sekunden Redezeit.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das, was Herr Kollege von und zu Lerchenfeld gesagt hat, kann so nicht stehen bleiben. Ihre Aussage, was ich gesagt habe, sei Geschwätz gewesen, weise ich entschieden zurück. Es geht um einen wirklich sinnvollen Antrag. Sie machen sich zum Schutzpatron der Autohersteller, die nach wie vor Steinzeittechnologien auf den Markt bringen und denen das CO₂-Problem egal ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich heute in der Netzeitung lese, dass ein Ingolstädter Hersteller einen 2,4 Tonnen schweren Pkw, Allrad, mit 350 PS auf den Markt bringt und ihn demnächst mit 500 PS ausstatten möchte, dann muss ich sagen: Dabei ist eine CO₂-Reduktion nicht machbar. Diese Hersteller haben die Zeichen der Zeit nicht kapiert und Sie schützen diese Hersteller auch noch und sind damit für den Klimawandel mitverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie ausführen, mit der Umsetzung dieses Antrags sei das Ende der deutschen Automobilindustrie verbunden, dann muss ich Ihnen sagen: Diese Reden habe ich schon vor 20 oder 25 Jahren hier gehört, als es um die Einführung des Katalysators in Deutschland gegangen ist. Diese Reden hat man auch die letzten Jahre gehört, als es um den Dieselfilter gegangen ist. Es hat alles funktioniert und wird auch hier funktionieren. Geben Sie Ihren Widerstand gegen diesen sinnvollen Antrag auf und stimmen Sie heute zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatssekretär Spitzner das Wort erteilen.

Staatssekretär Hans Spitzner (Wirtschaftsministerium): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich möchte klar und deutlich sagen: Die Staatsregierung sieht das Thema Klimaschutz als eine der zentralen Herausforderungen dieses Jahrhunderts für Ihre Politik an. Bayern stellt ganz konkrete Weichen für die künftige Klimaschutzpolitik. Ich nenne das Gebäudesanierungsprogramm, die CO₂-Reduktion im Straßenverkehr, den Ausbau der erneuerbaren Energien und neue Forschungsverbünde – all dies sind wichtige Schwerpunkte.

Wir unterstützen das Vorhaben der EU-Kommission, die durchschnittliche CO₂-Emission von EU-weit verkauften Neuwagen bis zum Jahre 2012 auf 120 g/km zu begrenzen. Dabei sollen Verbesserungen bei der Fahrzeugtechnologie die durchschnittlichen CO₂-Emissionen auf 130 g/km senken. Mit zusätzlichen Maßnahmen soll eine

weitere Reduktion im Umfang von 10 Gramm erreicht werden. Dies soll etwa durch Effizienzverbesserungen bei Klimaanlage, Reifen oder durch den verstärkten Einsatz von Biokraftstoffen geschehen. Auf diesem Feld ist in der Tat schon einiges geschehen.

Diese Vorgaben dienen dem Klimaschutz. Sie sind sinnvoll und notwendig. Es geht nicht darum, dass diese Ziele erreicht werden, sehr wohl aber darum, wie. Die CO₂-Thematik hat nicht nur ökologische, sondern unserer Meinung nach – Sie mögen darüber lachen, aber wir tun es nicht – industrie- und arbeitsmarktpolitische Auswirkungen. Diese sind unserer Meinung nach nicht zu unterschätzen.

Deshalb muss vermieden werden, dass der Wert von 130 Gramm CO₂, wie mancherorts gefordert, als Obergrenze für jedes neu gekaufte Fahrzeug eingeführt wird. Dies würde unserer Meinung nach zu einer massiven Benachteiligung der heute führenden Hersteller von Premiumfahrzeugen führen. Damit wären sicherlich auch weitreichende Folgen für den Industriestandort Deutschland bzw. für den Industriestandort Bayern und für die hiesigen Arbeitsplätze verbunden.

Entscheidend ist nach unserer Meinung, dass der gesamte Ausstoß der ab 2012 europaweit verkauften Neuwagen im Durchschnitt bei 130 Gramm CO₂ liegen wird. Das heißt im Klartext: Auch die Klein- und Mittelklassewagen müssen hierzu einen signifikanten Beitrag leisten. Diese Fahrzeuge haben bei Neuzulassungen einen Marktanteil von über 60 %. Ihr CO₂-Ausstoß liegt gegenwärtig zwischen 120 Gramm und 160 Gramm. Dies entspricht auch der von der Bayerischen Staatsregierung schon vor Jahrzehnten erhobenen Forderung. Um die Ausgestaltung des EU-Rechtsrahmens wird derzeit innerhalb der europäischen Automobilindustrie heftig gerungen. Dabei hat der deutsche Automobilbau mit seinen Premium-Fahrzeugen gegenüber der französischen und italienischen Konkurrenz einen besonders schweren Stand. Diese ist wegen ihrer kleineren Fahrzeuge natürlich weniger stark betroffen. Aber gerade Klein- und Mittelklassewagen verfügen in ihrer Gesamtzahl über die größten CO₂-Einsparpotenziale. Das ist völlig unbestritten. Ich sage nochmals: In dieser Situation wäre es unseres Erachtens für die deutsche Verhandlungsposition außerordentlich erschwerend, wenn ausgerechnet Bayern eine Bundesratsinitiative starten würde, die den gesamteuropäischen Überlegungen vorgreifen würde. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Antrag ab.

Am Rande sei bemerkt, dass insbesondere der Sektor der Premium-Fahrzeuge für die gesamte Automobilindustrie ein Leistungs- und Technologieträger ist. Er ist der Vorreiter bei der Einführung vieler innovativer Technologien in den Kfz-Markt. Erschwernisse für das Premium-Segment bremsen daher auch die technologische Entwicklung. Dies dient nicht dem Klimaschutz.

Herr Kollege Lerchenfeld hat das Beispiel der Kernenergie gebracht. Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, aber Fakt ist auch: Der gesamte Verkehr ist in Bayern mit jährlich 31 Millionen Tonnen CO₂ an der Klimaproblematik beteiligt. Aber der von Rot-Grün beschlossene Ausstieg

aus der Kernenergie würde für Bayern circa 40 bis 50 Millionen Tonnen CO₂-Belastung bedeuten. Ich möchte dies ausführen, auch wenn Sie anderer Meinung sind. Ich möchte das, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Beyer, aufgreifen und unterstützen: Kaprizieren Sie sich nicht allein auf den Personenverkehr. Sie haben immer einen Knochen, den Sie abfieseln wollen, aber Sie haben bei diesem Thema nicht die Fähigkeit zur Gesamtsicht.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Hans Spitzner (Wirtschaftsministerium): Nein. – Die Einhaltung der Klimaschutzziele ist unserer Meinung nach notwendig. Die Staatsregierung wird auch in Zukunft alles tun, um dies zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir können die namentliche Abstimmung durchführen; sie wurde rechtzeitig angekündigt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.19 bis 18.24 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist beendet. Ich bitte, die Stimmen auszuzählen.

Ich darf Ihnen nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Franz Maget,

Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD) sowie Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses Wildfleisch und Verbraucherschutz, Drucksache 15/7934, bekannt geben: Mit Ja haben 42, mit Nein 79 Abgeordneten gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich unterbreche die Sitzung, bis die Stimmen der namentlichen Abstimmung zum GRÜNEN-Antrag 15/7239 ausgezählt sind, die wir eben durchgeführt haben. Ich darf Ihnen aber jetzt schon um der Menschlichkeit willen bekannt geben, dass wir in der Tagesordnung nicht mehr fortfahren. Die Sitzung ist aber noch nicht geschlossen. Über diejenigen, die noch dableiben, freuen wir uns ganz besonders. Denjenigen, die gehen, wünsche ich für ihre wichtigen Termine viel Erfolg und ansonsten einen schönen Abend.

(Unterbrechung von 18.25 bis 18.26 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmen sind ausgezählt. Zum Antrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, betreffend stufenweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei Kfz, Drucksache 15/7239, haben 42 Abgeordnete mit Ja, 82 mit Nein gestimmt. Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.27 Uhr)

Anlage 1 zur Tagesordnung der 94. Plenarsitzung:

Erste Lesungen

(Tagesordnungspunkt 3)

Gesetzentwürfe, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Zweites Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007) Drs. 15/8212

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

2. Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Mediendienste-Staatsvertrags und des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags Drs. 15/8213

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger u.a. CSU
 Jugendmedienschutz und Jugendschutz bei Handynutzung verbessern
 Drs. 15/7138, 15/8052 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Vogel, Adelheid Rupp, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
 Übergangsregelung für Wehr- und Zivildienstleistende bei der Erhebung von Studienbeiträgen
 Drs. 15/7244, 15/8005 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
 Keine Benachteiligung von Wehr- und Zivildienstleistenden durch Studienbeiträge
 Drs. 15/7392, 15/8006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Peter Welnhöfer u.a. CSU
 Medienberichte über angebliche Bildung mafioser

Strukturen in bayerischen Justizvollzugsanstalten
 Drs. 15/7467, 15/8091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

5. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Vogel, Adelheid Rupp, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
 Befreiung von Studienbeiträgen für ehrenamtliche Jugendarbeit
 Drs. 15/7468, 15/8007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
 Doppelter Abiturjahrgang 2011; Studienbeginn zum Sommersemester 2011
 Drs. 15/7497, 15/8008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	A

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Prof. Dr. Walter Eykmann, Renate Dodell u.a. CSU
 Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern an den Hochschulen;
 Situation der Frauenbeauftragten an den Hochschulen
 Drs. 15/7498, 15/8009 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Helmut Brunner, Dr. Ludwig Spaenle, Annemarie Biechl u.a. CSU
 Entwicklung der Agrarwissenschaften in Bayern
 Drs. 15/7499, 15/8138 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. SPD Pilotprojekt zur neuen Struktur der Schülermitverantwortung
Drs. 15/7521, 15/8122 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
10. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. SPD Landesschülervertretung
Drs. 15/7522, 15/8123 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | A | Z | Z |
11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Jürgen Vocke, Bernd Siblinger, Prof. Dr. Gerhard Waschler CSU Untersuchung über den Einsatz von Straßenbegleitgrün zur Reduzierung von Wildunfällen
Drs. 15/7527, 15/8119 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|------|
| | Z | Z | ohne |
- Die Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Ablehnung“ zu Grunde zu legen.
12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Waldumbau und Klimawandel
Drs. 15/7618, 15/8121
- Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten, der den Antrag für erledigt erklärt hat.
13. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Franz Josef Pschierer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU Ehrenamtliche für Schulwegdienste gewinnen
Drs. 15/7621, 15/8124 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
14. Antrag der Abgeordneten Heidi Lück, Gudrun Peters, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD Entwicklung der ländlichen Räume (am ELER-Programm): SWOT-Analyse Bayern dem Parlament vorlegen
Drs. 15/7623, 15/8139 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten, der den Antrag für erledigt erklärt hat
15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Einführung des Digitalfunks in Bayern für Polizei und Rettungsdienste
Drs. 15/7689, 15/8022 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
16. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Bericht zur Umsetzung der Polizeiorganisationsreform beim Polizeipräsidium München
Drs. 15/7746, 15/8118 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |
17. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Reinhold Strobl u.a. SPD Druck von den Kleinsten nehmen - Übertrittszeugnisse abschaffen
Drs. 15/7751, 15/8125 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|------|
| | A | Z | ohne |
- bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | A | Z | Z |
18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Prof. Ursula Männle u.a. und Fraktion CSU EU muss zukunftsfähig bleiben - auch Bayern profitiert erheblich von der EU-Entwicklung der letzten 50 Jahre
Drs. 15/7788, 15/8111 (G)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | A | A |
19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Konzertsaal im Marstall (Marstallplatz München)
Drs. 15/7563, 15/8011 (E) [X]
- Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**
- | | CSU | SPD | GRÜ |
|--|-----|-----|-----|
| | Z | Z | Z |

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.05.2007 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Franz Maget, Herbert Müller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion SPD,
 der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Erweiterung des Untersuchungsauftrags des Untersuchungsausschusses gemäß Drs. 15/5574 und Drs. 15/7436 (Drucksache 15/7934)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred			
Deml Marianne		X	
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim			
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang	X		
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning			
Kern Anton			
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert			
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi			
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Meyer Franz		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Miller Josef		X	
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			
Schuster Stefan			
Schwimmer Jakob			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Thätter Blasius			
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	42	79	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.05.2007 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Stufenweise Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei Kfz (Drucksache 15/7239)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred			
Deml Marianne		X	
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang	X		
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton			
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard			
Kupka Engelbert			
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			
Meyer Franz		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Miller Josef		X	
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike			
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			
Schuster Stefan			
Schwimmer Jakob			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia			
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard			
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Thätter Blasius			
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	42	82	0